



Ländliche Entwicklung in Bayern

Artenschutz

Mit der **integrierten ländlichen Entwicklung**, die in der Regionalen Landentwicklung in Bayern entwickelt wird, werden inzwischen zum **Vollzug** der **integrierten ländlichen Entwicklung** **Erläuterungen zu den kommunalen Allianzen** und **Vollzugshinweisen** erstellt. Dabei bauen wir auf die Kreis- und Regionalentwicklung sowie auf die **Eigeninitiative** der in den ländlichen Regionen lebenden Bevölkerung auf und auf die **Kernkompetenzen** der Verwaltung für die ländliche Entwicklung: die fach- und gebietsübergreifenden Planung, die Umsetzung, das Grundprinzip **Bürgermitwirkung**, den Umwelt- und Naturschutz, den Wirtschaftsbezug und das Landmanagement mit der **Bodenordnung**. Das integrierte ländliche Entwicklungskonzept ist dabei die **Strategie zur Bündelung der Kräfte**, die von Verantwortungsgemeinschaften und Netzwerken genutzt werden, um gemeindeübergreifender Herausforderungen und zur **Wertschöpfung in der Region**. Unter ihrem Dach werden verschiedene Umsetzungsinstrumente und Förderprogramme räumlich und fachlich koordiniert. So lassen sich **Bündelungseffekte** erzielen, die gerade für kleinere ländliche Gemeinden mit geringen finanziellen und Sachausstattung oft erst die Voraussetzung dafür sind, geplante öffentliche, gemeinschaftliche und private Vorhaben umsetzen zu können. Die **Bürgerinnen und Bürger** im ländlichen Raum sind dabei aktiv in die Planungs- und Umsetzungsprozesse einbezogen, um die Ziele noch stärker an den lokalen Gegebenheiten anzupassen. So verfolgt die **Verwaltung für Ländliche Entwicklung** konsequent das **Leitbild**, nicht nur Geldgeber, sondern auch **Umsatzpartner** und **Ideenförderer** sowie Netzwerkarchitekt im ländlichen Raum zu sein. Ein Schwerpunkt unserer **Arbeit für die Gemeinden** ist die **Menschen im Ländlichen Raum** und bleibt das **Dorferneuerungsprogramm**. Mit den Maßnahmen der **Landentwicklung** leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der **flächendeckenden, naturverträglichen und effizienten Nutzung**. Sie ist eines der besten Instrumente, um die **Arbeitsbedingungen und Arbeitsbedingungen** für unsere Landwirte zu verbessern und damit die **Wettbewerbsfähigkeit** wirkungsvoll zu unterstützen. Es muss es vor allem sein, unter Bewahrung der Attraktivität der **Kulturlandschaft** größere Bewirtschaftungseinheiten zu schaffen, die Zahl der Schläge zu verringern sowie die Schlagverträge zu verbessern. Hier gilt das Motto: Produktionskosten senken und **Kulturlandschaft sichern**. Mit der Flurneuordnung können wir aber auch die **kommunale Entwicklung** unterstützen, **Nutzungskonflikte zu lösen** und den Flächenverbrauch zu reduzieren. Kommunalpolitiker weiß: Verkehrserschließung, **Hochwasserschutz**, **Biotopvernetzung** und Tourismusinfrastruktur sind wichtige Entwicklung und **Flächen für den Gemeinbedarf**. Die schönsten planerischen Ideen und Konzepte, wenn sie nicht durch die **Landentwicklung** umgesetzt werden können, bleiben nur auf dem Papier.



Ländliche Entwicklung in Bayern

Anlage

Erläuterungen zu den Vollzugshinweisen
zu den artenschutzrechtlichen Vorschriften
gemäß §§ 44 und 45 BNatSchG
in Verfahren der Ländlichen Entwicklung

Ländliche Entwicklung in Bayern

Inhalt

Erläuterungen zu den Vollzugshinweisen

1	Allgemeines und Rechtsgrundlagen	5
2	Zuständigkeiten	6
3	Grundsätze zur Beachtung des Artenschutzes in Verfahren der Ländlichen Entwicklung	7
3.1	Zukünftige Beachtung des Artenschutzes	7
3.2	Auswahl planungsrelevanter Arten	8
3.3	Vereinfachung der artenschutzrechtlichen Prüfung	10
3.4	Darstellen des Gesamtablaufs	12
4	Ablauf im Verfahren	17
4.1	Einleitung und Anordnung von Verfahren: Ermittlung der planungsrelevanten Arten („Artenpotenzialkarte“)	17
4.1.1	Ermittlung der im Verfahrensgebiet nachgewiesenen Arten	19
4.1.2	Ermittlung der potenziell im Verfahrensgebiet vorkommenden Arten	20
4.1.3	Erweiterung der Struktur- und Nutzungskartierung (SNK+) zur Ermittlung des planungsrelevanten Artenpotenzials	22
4.2	Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen: Artenbetroffenheitsanalyse und artenschutzrechtliche Prüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG	26
4.2.1	Artenbetroffenheitsanalyse für das Verfahrensgebiet	26
4.2.2	Artenschutzrechtliche Prüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG	29
5	Literatur und Quellen	34
6	Prüfliste der planungsrelevanten Arten in der Ländlichen Entwicklung	36

Herausgeber:



Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
in Abstimmung mit dem
Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

Bearbeitung:



Schleißheimer Str. 156, 80797 München
Projektleitung: Dipl. Biol. Dr. Monika Marzelli
Projektbearbeitung: Dipl. Biol. Dr. Monika Marzelli
Dipl. Geogr. Florian Lintzmeyer

Im Auftrag des



Bereichs Zentrale Aufgaben
der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung
Infanteriestraße 1, 80797 München

März 2009

aktualisiert:

Mai 2010 hinsichtlich der Änderungen des Rechts des Naturschutzes
und der Landschaftspflege ab 1.3.2010

Ländliche Entwicklung in Bayern

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

ABSP	Arten- und Biotopschutzprogramm Bayern
ASK	Artenschutzkartierung
BArtSchV	Bundesartenschutzverordnung
BayNatSchG	Bayerisches Naturschutzgesetz
BayStMI	Bayerisches Staatsministerium des Inneren
BayStMUG	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
FFH-RL	FFH-Richtlinie (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie)
FlurbG	Flurbereinigungsgesetz
GemBek	Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Landesentwicklung und Umweltfragen zu „Flurbereinigung und Naturschutz“ vom 12. Dezember 1988
LANA	Bund-Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung
L.E.	Ländliche Entwicklung
RL BY	Rote Liste Bayern
RL D	Rote Liste Deutschland
SNK	Struktur- und Nutzungskartierung
SNK+	Erweiterte Struktur- und Nutzungskartierung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VS-RL	Vogelschutzrichtlinie

Die vorliegenden Erläuterungen basieren auf dem Gutachten zum Forschungsvorhaben „Artenschutzrechtliche Prüfung in Verfahren der Ländlichen Entwicklung“. Dieses Gutachten wurde im Zeitraum von Mai 2007 bis Juni 2008 von ifuplan (Institut für Umweltplanung, Landschaftsentwicklung und Naturschutz, München) erarbeitet und liegt bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung vor.

Aufgrund der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes im Juli 2009 wurden die vorliegenden Erläuterungen im Februar 2010 den geänderten rechtlichen Bedingungen angepasst.

I Allgemeines und Rechtsgrundlagen

Die Beachtung des besonderen Artenschutzrechtes (§§ 44 und 45 BNatSchG) ist eine Voraussetzung für die naturschutzrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens. Dies bedeutet, dass die artenschutzrechtlichen Regelungen auch in Verfahren nach FlurbG bei der Aufstellung und öffentlich-rechtlichen Behandlung des „Plans der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen nach § 41 FlurbG“ (Plan nach § 41 FlurbG) zu beachten sind.

Nach dem am 1. März 2010 in Kraft getretenen neuen BNatSchG werden in einer „artenschutzrechtlichen Prüfung“ oder „Artenschutzprüfung“ für

- ◆ die Tier- und Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie,
 - ◆ die europäischen Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie sowie für
 - ◆ die sog. „nationalen Verantwortungsarten“ (nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) geprüft,
- ob Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG einschlägig sind (v. a. Verbot der Tötung, Schädigung und Störung von Tieren sowie der Schädigung von Pflanzen).

Die einschlägige bayerische Regelung über die besondere Berücksichtigung streng geschützter Arten (Art. 6a Abs. 2 Satz 2 und 3 BayNatSchG) ist nach dem derzeit gültigen Recht nicht mehr anwendbar. Stattdessen wird eine neue Kategorie besonders geschützter Arten, die sog. „nationalen Verantwortungsarten“ eingeführt. Darunter werden nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG Arten verstanden, die „in ihrem Bestand gefährdet sind und für die die Bundesrepublik Deutschland in hohem Maße verantwortlich ist“. Diese Arten werden in einer Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit festgelegt. Da nach § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG diese nationalen Verantwortungsarten den europarechtlich geschützten Arten gleichgestellt sind, sind sie im Rahmen der Artenschutzprüfung abzuhandeln.

Die hier behandelten artenschutzrechtlichen Vorschriften stellen durchweg zwingendes und abweichungsfestes¹ Recht dar. Sie können im Rahmen einer planrechtlichen Behandlung nicht durch Abwägung überwunden werden. Vielmehr ist die Erfüllung der Anforderungen eine Voraussetzung für die Zulässigkeit eines Vorhabens. Artenschutzrechtliche Verbote können nur dann überwunden werden, wenn die Voraussetzungen der entsprechenden Ausnahmeregelungen erfüllt sind.

¹ Aufgrund der 2006 in Kraft getretenen Föderalismusreform unterliegt der Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 29 Grundgesetz). Entsprechend können die Länder durch Gesetz vom Bundesgesetz abweichende Regelungen treffen. Ausgenommen (abweichungsfest) sind u. a. die allgemeinen Grundsätze des Naturschutzes und das Recht des Artenschutzes (Art. 72 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Grundgesetz).

Grundsätzlich besteht eine artenschutzrechtliche Prüfung aus den folgenden drei Schritten:

1. Vorprüfung (Ermittlung der prüfungsrelevanten Arten und Einschätzung ihrer vorhabensspezifischen Betroffenheit)
2. Prüfung der Verbotstatbestände (Beeinträchtigungsermittlung)
3. Ausnahmeprüfung (Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen)

Nach Aussagen der Bund-Länderarbeitsgemeinschaft „Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung“ (LANA 2006) sind grundsätzlich zu allen nach den artenschutzrechtlichen Regelungen geschützten Arten, die vom Eingriff betroffen sind, qualifizierte Aussagen zu treffen. Ein rein bioindikatorischer Ansatz¹ wird den artenschutzrechtlichen Anforderungen nicht gerecht. Dennoch ist das zu untersuchende Artenspektrum auf jene geschützten Arten einzugrenzen, die vom Eingriff tatsächlich betroffen sein können (LANA 2006). In der Vorprüfung wird daher ermittelt, welche Arten im entsprechenden Bezugsraum (Wirkraum) tatsächlich oder potenziell vorkommen und welche Arten möglicherweise von den Vorhabenswirkungen betroffen sind. Dies geschieht üblicherweise über eine vorhabensspezifische Abschichtung, d. h. schrittweiser Ausschluss von Arten und/oder durch eine Bestandsaufnahme von Arten im Bezugsraum.

In einem zweiten Prüfschritt werden dann die eigentlichen Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG abgeprüft. Werden solche Verbotstatbestände erfüllt, ist in einem dritten Prüfschritt zu untersuchen, ob die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG gegeben sind.

2 Zuständigkeiten

Nach § 41 Abs. 1 FlurbG i. V. m. Art. 2 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungsgesetz (AG-FlurbG) ist die Teilnehmergeinschaft als Träger des Vorhabens für die Aufstellung des Planes nach § 41 FlurbG zuständig. Die Teilnehmergeinschaft legt ihren Planentwurf dem Amt für Ländliche Entwicklung (obere Flurbereinigungsbehörde) vor. Dieses prüft vor dem Aufstellungsbeschluss durch die Teilnehmergeinschaft als Fachaufsichtsbehörde den Planentwurf u. a. daraufhin, ob die artenschutzrechtlichen Vorschriften nach den §§ 44 und 45 BNatSchG beachtet worden sind. Nach Aufstellung des Plans und Durchführung des ggf. erforderlichen Anhörungstermins beantragt die Teilnehmergeinschaft beim Amt für Ländliche Entwicklung die planrechtliche Behandlung nach § 41 FlurbG.

Das Amt für Ländliche Entwicklung entscheidet auf der Grundlage der fachlich geprüften und mit den Trägern öffentlicher Belange abgestimmten Planunterlagen über die Zulässigkeit des Vorhabens insgesamt. Es entscheidet auch über die ggf. erforderlichen Ausnahmen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG. Der Planfeststellungsbeschluss muss daher auch die erforderlichen Ausnahmeentscheidungen ausdrücklich enthalten. Die Naturschutzbehörden werden gemäß der Gemeinsamen Bekanntmachung „Flurbereinigung und Naturschutz“ vom 12. Dezember 1988 (GemBek) beteiligt. Dies bedeutet, dass gegensätzliche Auffassungen zwischen dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft und den Naturschutzbehörden vor dem Anhörungstermin nach § 41 Abs. 2 FlurbG ausgeräumt werden sollen. Bestehen nach dem Anhörungstermin noch wesentliche Meinungsverschiedenheiten, versucht das Amt für Ländliche Entwicklung sie gemeinsam mit der höheren

¹ Ein bioindikatorischer Ansatz schließt vom Vorhandensein aussagekräftiger Indikatorarten auf die faunistische und floristische Wertigkeit eines Gebietes.

Naturschutzbehörde auszuräumen. Gelingt dies nicht, holt das Amt für Ländliche Entwicklung vor der Feststellung des Planes die Weisung des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ein, das im Benehmen mit dem Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit entscheidet (GemBek Zif. 5.3 Abs. 3).

3 Grundsätze zur Beachtung des Artenschutzes in Verfahren der Ländlichen Entwicklung

3.1 Zukünftige Beachtung des Artenschutzes

Die Verfahren der Ländlichen Entwicklung haben einen landschaftsplanerischen Ansatz, bei dem der Artenschutz und somit das Schutzgut Tiere und Pflanzen bereits von Anfang an in die Planung integriert werden kann. Ein solcher Ansatz scheint am besten geeignet zu sein, dem Vermeidungsgrundsatz angemessen Rechnung zu tragen (GEISLER-STROBEL et al. 2003, PETERSEN 2006).

Der grundlegende Ansatz zur Integration und Beachtung des Artenschutzes in den Verfahren der Ländlichen Entwicklung besteht also darin,

- ◆ vorhabensbedingte Beeinträchtigungen planungsrelevanter Tier- und Pflanzenarten von vornherein zu vermeiden (Vermeidungsstrategie) und
- ◆ mit Hilfe von artspezifischen Naturschutzmaßnahmen Verbesserungen für die im Verfahrensgebiet vorkommenden planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten zu erreichen (artspezifische statt biotoptypenbezogene Maßnahmenplanung).

Der Vorsorgegedanke des europäischen Artenschutzes (FFH-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie) sowie die neuen Vorgaben des BNatSchG sind in der Landschaftsplanung der Ländlichen Entwicklung bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden. Mit der genannten Vermeidungsstrategie soll erreicht werden, dass die gewünschten Maßnahmen wie z. B. neue Wege so geplant werden, dass hiervon insbesondere artenschutzfachlich bedeutsame Strukturen nicht tangiert werden. Diese Vermeidungsstrategie soll nicht nur für europarechtlich geschützte Arten oder nationale Verantwortungsarten, sondern auch ganz allgemein für naturschutzfachlich bedeutsame oder „planungsrelevante“ Arten gelten (siehe Kap. 3.2: Auswahl planungsrelevanter Arten).

Den Belangen des Artenschutzes wurde bisher in den Dorferneuerungsverfahren im Rahmen der Planung Grünordnung/Dorfökologie und in den Flurneuordnungsverfahren im Rahmen der Landschaftsplanung in der Ländlichen Entwicklung allgemein und standortbezogen mit dem Schutz und der Entwicklung von erhaltenswerten Strukturen Rechnung getragen. Artenvorkommen wurden in der Eingriffsbilanzierung i. d. R. nicht explizit hervorgehoben. Dies hatte bei der Maßnahmenplanung zur Folge, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht artbezogen, sondern biotoptypenbezogen ausgerichtet waren. Aus naturschutzfachlicher Sicht besteht jedoch eine hohe Dringlichkeit, Verbesserungen für den Artenschutz herbeizuführen

(BMU 2007, BayStMUGV 2007). Aufgrund ihrer Flächenwirksamkeit und ihrer umfassenden Möglichkeiten zur Neugestaltung eines Verfahrensgebietes kommt der Ländlichen Entwicklung zur Erreichung dieses Zieles eine zentrale Rolle zu. Verbesserungen für die in einem Verfahrensgebiet vorkommenden naturschutzfachlich bedeutsamen Arten sind aber nicht alleine durch allgemeine Biotopentwicklungsmaßnahmen zu erreichen, sondern erfordern auch artbezogene Maßnahmen, die gezielt und effektiv auf die Bedürfnisse dieser Arten ausgerichtet sind (siehe GEISSLER-STROBEL et al. 2003).

3.2 Auswahl planungsrelevanter Arten

In allen Planungs- und Zulassungsverfahren besteht die Gefahr, die Belange des Artenschutzes (also des Schutzgutes Tiere und Pflanzen) einseitig auf die zwingenden Vorgaben der artenschutzrechtlichen Prüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG zu reduzieren, d. h. die alleinige Betrachtung und Untersuchung von europarechtlich geschützten Arten sowie von nationalen Verantwortungsarten. Dies ist nicht im Sinne des ganzheitlichen, landschaftsplanerischen Anspruchs in der Ländlichen Entwicklung, in der alle naturschutzfachlich bedeutsamen Tier- und Pflanzenarten eines Verfahrensgebietes sowohl bei der Prognose möglicher Beeinträchtigungen als auch bei der Planung von Naturschutzmaßnahmen einbezogen werden sollten. Eine entsprechende Erweiterung bzw. Anpassung des zu untersuchenden Artenspektrums erscheint auch insofern sinnvoll, da im Rahmen der Planfeststellung bzw. Plangenehmigung nicht nur die artenschutzrechtlichen Regelungen zu beachten sind, sondern auch andere Beurteilungen möglicher Beeinträchtigungen von Tieren und Pflanzen erforderlich sind:

- ◆ Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG,
- ◆ allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG
- ◆ evtl. FFH-Vorprüfung/Verträglichkeitsprüfung nach § 34 BNatSchG.

Das relevante Artenspektrum geht bei diesen Beurteilungen über die europarechtlich geschützten Arten und die nationalen Verantwortungsarten hinaus. Daher wird das „planungsrelevante“ Artenspektrum in einem Verfahren der Ländlichen Entwicklung neben den Tier- und Pflanzenarten der Artenschutzprüfung (Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, europäische Vogelarten sowie die nationalen Verantwortungsarten) auf die nachfolgend genannten Gruppen ausgedehnt. Um zu betonen, dass die Datenerhebung nicht nur auf die Artenschutzprüfung abzielt, wird im Folgenden von „planungsrelevanten“ Arten und nicht von „prüfungsrelevanten“ Arten gesprochen.

Für die planrechtliche Behandlung des Plans nach § 41 FlurbG ist grundsätzlich die „Eingriffsregelung“ nach § 15 BNatSchG abzuarbeiten und die „allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls“ nach § 3c UVPG durchzuführen. Bei der Eingriffsregelung werden Eingriffe in Natur und Landschaft beurteilt. Dabei umfasst der Begriff Naturhaushalt auch wildlebende Pflanzen- und Tierarten sowie deren Habitate. D. h. naturschutzfachlich bedeutsame Arten (i. d. R. gefährdete Arten) sind im Rahmen der Eingriffsregelung zu betrachten. Auch bei der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG sind unter dem Schutzgut Tiere und Pflanzen Aussagen über deren Betroffenheiten zu machen. Aus landschaftsplanerischer Sicht ist es daher sinnvoll, naturschutzfachlich bedeutsame Arten, wie z. B. die besonders geschützten Arten mit einem hohen Rote-Liste-Status, in die Bestandsermittlung einzubeziehen. Die Entscheidung, welche Arten hier zu behandeln sind, sollte einzelfallbezogen mit der zuständigen unteren Naturschutzbehörde abgestimmt werden.

Oft sind NATURA 2000-Gebiete (FFH-Gebiete oder Vogelschutzgebiete) Teile eines Verfahrensgebietes. Im Rahmen der Genehmigung des Plans nach § 41 FlurbG ist in diesen Fällen laut § 34 BNatSchG zumindest eine FFH-Vorprüfung (u. U. sogar eine FFH-Verträglichkeitsprüfung) erforderlich. Daher sollten sowohl Arten des Anhangs II FFH-RL, die für die Ausweisung eines FFH-Gebietes relevant sind, als auch Vogelarten nach Anhang I sowie Zugvögel nach Art. 4 Abs. 2 der Vogelschutzrichtlinie, die für die Ausweisung von Vogelschutzgebieten relevant sind, berücksichtigt werden. Vogelarten nach Anhang I und Zugvögel nach Art. 4 Abs. 2 Vogelschutzrichtlinie sind bereits in den „europäischen Vogelarten“ eingeschlossen. Zwischen den Arten des Anhangs II FFH-RL und den Arten des Anhangs IV gibt es eine große Schnittmenge, so dass nur 38 Arten des Anhangs II FFH-RL zusätzlich zu bearbeiten sind.

Andererseits können auch bestimmte Arten als nicht planungsrelevant ausgeschlossen werden. Unter den europäischen Vogelarten befinden sich auch solche, die in Deutschland/Bayern weit verbreitet oder häufig und ungefährdet sind wie z. B. Amsel oder Mäusebussard. Dies führt dazu, dass bei fast jedem Planungsvorhaben solche häufigen und ungefährdeten Vogelarten bzw. deren Lebensstätten betroffen sind. Bei diesen Arten ist es in der Regel nicht denkbar, dass sich der Erhaltungszustand der jeweiligen Art z. B. durch ein Verfahren der Ländlichen Entwicklung in relevantem Umfang verschlechtert. Daher werden Vogelarten, die weder in der Roten Liste Deutschland noch in der Bayerischen Roten Liste aufgeführt sind, nicht in die Bestandsermittlung mit einbezogen¹. Umgekehrt bedeutet dies, dass unter den Vogelarten alle Arten als planungsrelevant eingestuft werden, die in der Roten Liste Deutschland oder Bayern einer Gefährdungskategorie zugeordnet sind (Kategorien 1, 2, 3, R, V)². Darüber hinaus werden auch Koloniebrüter mit einbezogen, da bei diesen Arten bereits kleinräumige Eingriffe zu erheblichen Beeinträchtigungen auf Populationsniveau führen können (z. B. Uferschwalbe, Graureiher) sowie einige ungefährdete Vogelarten mit Indikatorfunktion (z. B. Wasseramsel). Insgesamt ergeben sich dadurch 130 planungsrelevante Vogelarten in Bayern. Ggf. können weitere regional bedeutsame Arten in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde einbezogen werden, wenn dies aus naturschutzfachlichen Gründen erforderlich ist.

In Tabelle 1 sind die planungsrelevanten Arten als Gruppen zusammengestellt. Insgesamt ergeben sich derzeit mindestens 260 planungsrelevante Arten für die Ländliche Entwicklung in Bayern. Die Artenzahl wird sich durch die Festlegung nationaler Verantwortungsarten erhöhen. Eine detaillierte Artenliste befindet sich im Kapitel 6 (Prüfliste der planungsrelevanten Arten in der Ländlichen Entwicklung). Zur besseren Übersichtlichkeit sind in Abbildung 1 die Schutzkategorien nach nationalem (besonders und streng geschützte Arten) und europäischem Recht (Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie und europäische Vogelarten) graphisch dargestellt.

¹ Der Ausschluss von weitverbreiteten und ungefährdeten Arten entspricht der Vorgehensweise bei den Straßenbauhinweisen (BayStMI 2007). Hier werden solche Arten unter dem Abschichtungskriterium E ausgeschlossen.

² Rote-Liste-Status 0 („ausgestorben oder verschollen“) ist nicht relevant.

Tabelle 1 Auswahl von planungsrelevanten Arten für die Ländliche Entwicklung in Bayern

Planungsrelevante Arten	Anzahl
Arten des Anhangs IV FFH-RL	92
europäische Vogelarten mit Rote-Liste-Status (d. h. keine häufigen oder ungefährdeten Vogelarten)	130
Nationale Verantwortungsarten nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG	*
Arten des Anhangs II FFH-RL (zusätzlich zu den Arten des Anhangs IV FFH-RL)	38
sonstige naturschutzfachlich bedeutsame Arten	**

* Anzahl derzeit unbekannt, da nationale Verantwortungsarten erst noch festgelegt werden müssen

** Anzahl einzelfallbezogen in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde

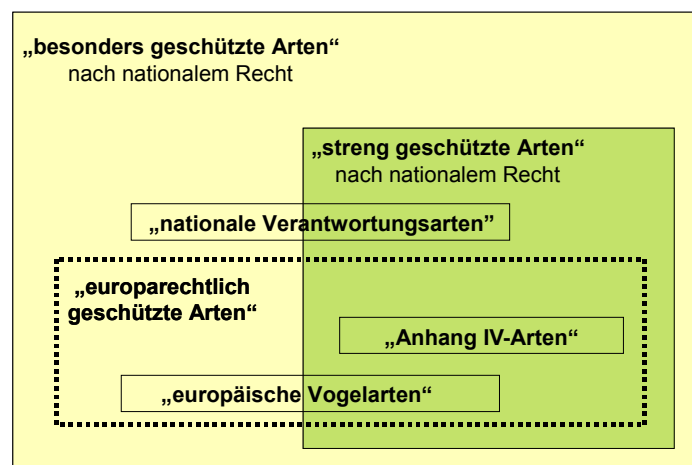


Abbildung 1 Verhältnis der verschiedenen Artenschutzkategorien (abgeändert aus BayStMI 2007)

3.3 Vereinfachung der artenschutzrechtlichen Prüfung

Ziel dieser Arbeitshilfe ist es, eine möglichst einfache und leicht abzuarbeitende Prüfmethode für die artenschutzrechtliche Prüfung in der Ländlichen Entwicklung zu schaffen. Es geht dabei nicht darum, fachliche Abstriche beim besonderen Artenschutz vorzunehmen, um die Genehmigung eines Vorhabens zu erleichtern. Es geht vielmehr darum, das eigentliche Ziel all dieser artenschutzrechtlichen Regelungen nicht aus dem Auge zu verlieren, nämlich die Erhaltung der Artenvielfalt im Allgemeinen und der europarechtlich geschützten Arten im Besonderen. Aus diesem Grund erscheint es zweckmäßig, eine naturschutzfachlich sinnvolle und anwendungsbezogene Interpretation der gesetzlichen Vorgaben vorzunehmen. Letztendlich ist entscheidend, ob man nicht mit einer einfachen Prüfmethode zum gleichen Ziel kommen kann.

„Erhaltungszustand der betroffenen lokalen Population/des lokalen Bestandes“ als Bewertungsmaßstab aller artenschutzrechtlichen Verbote nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

Die Beurteilung sämtlicher artenschutzrechtlicher Verbote soll sich auf den „Erhaltungszustand der betroffenen lokalen Population oder des lokalen Bestandes“ beziehen. D. h. die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden erfüllt, wenn sich – unter Einbeziehung von Vermeidungs-, Minimierungs- und CEF-Maßnahmen – der aktuelle Erhaltungszustand der betroffenen lokalen Population oder des lokalen Bestandes verschlechtert.

Es ist weder aus naturschutzfachlicher Sicht noch in der praktischen Durchführung sinnvoll, unterschiedliche sprachliche Bewertungsmaßstäbe zwischen den Tötungs-/Schädigungsverböten und dem Störungsverbot anzusetzen.

- ◆ Bei den Tötungs- und Schädigungsverböten (§ 44 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG) wird im Gesetzestext als Bewertungsmaßstab *„die ökologische Funktion der [...] betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang“* gewählt. D. h. Verbotstatbestände sind erfüllt, wenn die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte (bei Tieren) oder des betroffenen Standortes (bei Pflanzen) im räumlichen Zusammenhang nicht mehr erfüllt wird.
- ◆ Beim Störungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) wird der *„Erhaltungszustand der lokalen Population“* als Bewertungsmaßstab angesetzt. D. h. der Verbotstatbestand ist erfüllt, wenn sich der Erhaltungszustand der lokalen Population der betroffenen Art verschlechtert.

Beim Störungsverbot ist die Bezugsebene für den Verbotstatbestand nicht das einzelne Individuum, sondern die lokale Population. Bei den Tötungs- und Schädigungsverböten ist Bezugsebene die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte/des betroffenen Standorts. Wird diese im räumlichen Zusammenhang nicht mehr erfüllt, führt dies zu einer signifikanten Beeinträchtigung des lokalen Bestandes einer geschützten Art. D. h. die Verschlechterung des Erhaltungszustandes ist die Folge eines Funktionsverlusts der Lebensstätte. Letztendlich laufen alle Verbote auf die entscheidende Frage hinaus, ob sich der Erhaltungszustand verschlechtert.

„keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes auf überörtlicher Ebene“ als Ausnahmevoraussetzung

Bei der Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG soll ein „Verschlechterungsverbot des Erhaltungszustandes auf überörtlicher Ebene“ als einheitlicher Bewertungsmaßstab für alle Arten herangezogen werden.

Nach § 45 Abs. 7 BNatSchG darf eine Ausnahme von artenschutzrechtlichen Verböten u. a. nur zugelassen werden, wenn *„sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Art. 16 Abs. 1 der FFH-Richtlinie weitergehende Anforderungen enthält“*.

In Art. 16 Abs. 1 FFH-RL wird als zusätzliche Bedingung für Arten des Anhangs IV FFH-RL genannt, dass Ausnahmen nur möglich sind, wenn *„die Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz der Ausnahmeregelung ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen“*. D. h. der Fortbestand des günstigen Erhaltungszustandes im natürlichen Verbreitungsgebiet ist eine Ausnahmevoraussetzung. Das natürliche Verbreitungsgebiet ist nicht näher definiert.

Demgegenüber kommt bei den europäischen Vogelarten gemäß Art. 13 Vogelschutzrichtlinie nur ein Verschlechterungsverbot des Erhaltungszustandes zum Tragen. Nach Art. 13 Vogelschutzrichtlinie muss gewährleistet sein, dass ein Vorhaben „nicht zu einer Verschlechterung der derzeitigen Lage führen“ darf. D. h. es kommt somit nicht auf die Unterscheidung an, ob sich die Arten derzeit in einem günstigen oder ungünstigen Erhaltungszustand befinden. Für die Erteilung einer Ausnahme ist nur die Aufrechterhaltung des Status Quo als eine Bedingung gefordert. Unklar ist, auf welchen Bezugsraum sich der Erhaltungszustand bei den Vögeln bezieht (lokale Ebene oder biogeographische Region).

Es ist weder aus naturschutzfachlicher Sicht noch in der praktischen Durchführung sinnvoll, unterschiedliche Maßstäbe für Anhang IV-Arten, europäische Vogelarten und nationale Verantwortungsarten anzusetzen. Daher wird im Sinne der LANA (2006) der aktuelle Erhaltungszustand der betroffenen Population als Maßstab bei der Beurteilung des Erhaltungszustandes herangezogen und nicht der angestrebte günstige Erhaltungszustand. Dies bedeutet, dass ganz unabhängig davon, in welchem Erhaltungszustand sich die betroffene Population momentan befindet (günstig oder ungünstig), keine Ausnahme möglich ist, wenn sich dieser Erhaltungszustand verschlechtert. Falls sich eine Art in einem ungünstigen Erhaltungszustand befindet, sind im Rahmen eines Verfahrens der Ländlichen Entwicklung alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Erhaltungszustandes zu prüfen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Ebene, auf welcher der Erhaltungszustand zu betrachten ist. Bei der Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen ist es sinnvoll eine großräumige Betrachtung vorzunehmen, da ja schon bei der Prüfung der Verbotstatbestände die Betrachtung auf lokaler Ebene stattgefunden hat (Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population/des lokalen Bestandes). In Anlehnung an Art. 1 Buchst. i) FFH-RL ist eine Ausnahme immer dann möglich, wenn die Art weiterhin ein lebensfähiges Element des Lebensraums, dem sie angehört, bildet und das natürliche Verbreitungsgebiet der Art regional weder abnimmt noch vermutlich abnehmen wird. Es wird daher vorgeschlagen, dass sich der Erhaltungszustand bei der Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen auf die „überörtliche Ebene“ bezieht. Hierunter ist eine räumliche Skala zu verstehen, die in Abhängigkeit von der betrachteten Art vom Verfahrensgebiet über den Naturraum (Untereinheit, Haupteinheit) bis zur biogeographischen Region reichen kann.

3.4 Darstellen des Gesamtablaufs

Nachfolgend ist die grundsätzliche Vorgehensweise beschrieben, wie der Artenschutz, also die Belange des Schutzgutes Tiere und Pflanzen, zukünftig in der Ländlichen Entwicklung berücksichtigt werden soll (siehe Abbildung 2 und 3).

Voraussetzung für die Umsetzung einer konsequenten Vermeidungsstrategie und einer artbezogenen Maßnahmenplanung ist eine Bestandsaufnahme der im Verfahrensgebiet nachgewiesenen und potenziell vorkommenden planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten (nähere Ausführungen siehe Kapitel 4.1). Dieser erste Schritt erfolgt im Rahmen der Vorbereitungsplanung in der Ländlichen Entwicklung. Mit Unterstützung der Naturschutzbehörden soll nicht nur eine Artenliste, sondern eine sog. „Artenpotenzialkarte“ erstellt werden, aus der man erkennen kann, welche Arten in welchen Biotop- oder Nutzungstypen des Verfahrensgebietes vorkommen können. Nur durch diesen Raumbezug ist es möglich, Beeinträchtigungen zu vermeiden und auch artspezifische Maßnahmen zu planen.

Die Artenpotenzialkarte stellt somit eine Planungsgrundlage dar sowohl für die gewünschten Infrastrukturverbesserungen als auch für artspezifische Naturschutzmaßnahmen. So kann der zuständige Planer anhand der Artenpotenzialkarte – unabhängig von den möglichen vorhabensbedingten Beeinträchtigungen – überlegen, mit welchen Naturschutzmaßnahmen das im Verfahrensgebiet vorkommende Artenpotenzial sinnvoll unterstützt werden kann. Es geht also um ein aus artenschutzfachlicher Sicht aktives und gezieltes Gestalten und Aufwerten und nicht nur um relativ unspezifisches Reagieren, um den notwendigen Ausgleich/Ersatz zu erhalten.

Die Ergebnisse der Artenpotenzialkarte fließen in die Neugestaltungsgrundsätze nach § 38 FlurbG und in die Projektbeschreibung ein.

Unter Beachtung der Artenpotenzialkarte erfolgt im weiteren Verfahrensablauf die Planung von Maßnahmen. Alle gewünschten Maßnahmen sind so zu planen, dass artenschutzfachlich bedeutsame Strukturen möglichst nicht berührt werden. Artenschutzfachliche Aspekte werden somit bereits bei der Planung der Maßnahmen berücksichtigt. Das Ziel ist, Beeinträchtigungen und somit auch evtl. Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG oder erhebliche Beeinträchtigungen von Arten im Rahmen der Eingriffsregelung von vornherein zu verhindern. Die vorgeschlagenen Maßnahmen münden in einen Entwurf des Plans nach § 41 FlurbG.

Auf der Basis des Entwurfs wird eine „Artenbetroffenheitsanalyse“ erstellt, die fachplanerisch bereits der Vertiefungsplanung zuzuordnen ist (siehe Kapitel 4.2.1). Unter Berücksichtigung der artspezifischen Empfindlichkeiten ist für jede einzelne geplante Maßnahme zu prüfen, ob sie zu Beeinträchtigungen von planungsrelevanten Arten führt. Liegt keine Betroffenheit vor, ist die geplante Maßnahme zulässig und keiner weiteren artenschutzfachlichen Beurteilung zu unterziehen.

Ist eine Betroffenheit hingegen nicht auszuschließen und will man an der geplanten Maßnahme festhalten, so ist eine Erhebung der möglicherweise betroffenen Arten im Bereich der geplanten Maßnahme erforderlich. Die in Frage kommenden Arten sowie die Erhebungsmethodik sind dabei mit den jeweiligen unteren Naturschutzbehörden abzustimmen. Werden keine Arten festgestellt, ist die Maßnahme zulässig und unterliegt keiner weiteren artenschutzfachlichen Beurteilung. Werden Arten tatsächlich festgestellt, ist im Rahmen der Kartierung auch der Erhaltungszustand der betroffenen lokalen Population bzw. des lokalen Bestandes sowie das Habitatpotenzial der Umgebung abzuschätzen. Dies bedeutet u. U. die Erfassung eines größeren Bereichs um die eigentliche Maßnahme.

Die Ergebnisse der „Artenbetroffenheitsanalyse“ bilden die Grundlage für fachliche Prüfungen aufgrund der Eingriffsregelung sowie für die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach UVPG. Bei Betroffenheit von europarechtlich geschützten Arten oder nationalen Verantwortungsarten erfolgt zusätzlich eine Artenschutzprüfung, bei Betroffenheit von Arten des Anhangs II FFH-RL, Vogelarten nach Anhang I oder Zugvögeln nach Art. 4 Abs. 2 VS-RL in NATURA 2000-Gebieten eine FFH-Vorprüfung bzw. FFH-Verträglichkeitsprüfung. Da diese Beurteilungen mit unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben und auch mit unterschiedlichen Rechtsfolgen verbunden sind, müssen sie getrennt abgehandelt werden:

Grundsätzlich ist bei Betroffenheit von naturschutzfachlich bedeutsamen Tier- und Pflanzenarten eine Beurteilung der Erheblichkeit von Beeinträchtigungen in Natur und Landschaft mit Bilanzierung der Eingriffe sowie der notwendigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich (Eingriffsregelung

nach § 15 BNatSchG) sowie die Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen (Schutzgut Tiere und Pflanzen im Rahmen der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG).

Bei Betroffenheit von Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie, europäischen Vogelarten sowie den nationalen Verantwortungsarten ist zusätzlich eine Artenschutzprüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG durchzuführen (siehe Kapitel 4.2.2). Hier geht es zunächst darum, festzustellen, ob sich durch eine geplante Maßnahme der Erhaltungszustand der betroffenen Population/des betroffenen Bestandes verschlechtern kann und durch welche Maßnahmen (Vermeidungs- und Minimierungs- sowie ggf. „vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen“ = CEF-Maßnahmen) artenschutzrechtliche Verbotstatbestände vermieden werden können. Werden die Verbotstatbestände nicht erfüllt, ist die geplante Maßnahme zulässig.

Sind Verbotstatbestände trotz Einbezug aller Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen nicht auszuschließen, sind die Ausnahmenvoraussetzungen zu prüfen. In Hinblick auf die Zulässigkeit der geplanten Maßnahme müssen für europarechtlich geschützte Arten und nationale Verantwortungsarten alle drei Ausnahmenvoraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG vorliegen; ansonsten ist die Maßnahme unzulässig. Die Prüfung der Ausnahmenvoraussetzungen dürfte bei den Vorhaben der Ländlichen Entwicklung zukünftig nur selten der Fall sein, da aufgrund des landschaftsplanerischen Ansatzes artenschutzrechtliche Verbote schon bei der Planung vermieden werden.

Bei Betroffenheit von Arten des Anhangs II FFH-RL, Vogelarten nach Anhang I oder Zugvögeln nach Art. 4 Abs. 2 VS-RL in NATURA 2000-Gebieten ist eine FFH-Vorprüfung bzw. eine FFH-Verträglichkeitsprüfung nach § 34 BNatSchG durchzuführen (Beurteilung der Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen oder dem Schutzzweck eines betroffenen NATURA 2000-Gebietes).

Es ist zu betonen, dass im Rahmen der Verfahren der Ländlichen Entwicklung kein selbständiger „Fachbeitrag Artenschutz“ erstellt wird – weder für die eigentliche Artenschutzprüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG noch für die anderen artenschutzfachlichen Beurteilungen. Die Bearbeitung des Schutzguts „Tiere und Pflanzen“ ist vielmehr integraler, jedoch gesondert dargestellter Bestandteil der Landschaftsplanung in der Ländlichen Entwicklung.

Mit der beschriebenen Vorgehensweise ist es möglich, Beeinträchtigungen von planungsrelevanten Arten von vornherein zu verhindern. Ein weiterer Vorteil besteht darin, Tier- oder Pflanzenarten erst bei möglicher Betroffenheit zu kartieren und nicht schon im Vorfeld, was den zu erwartenden Aufwand sowohl in Hinblick auf die zu erfassende Artenanzahl als auch in Hinblick auf die räumliche Ausdehnung deutlich einschränkt.

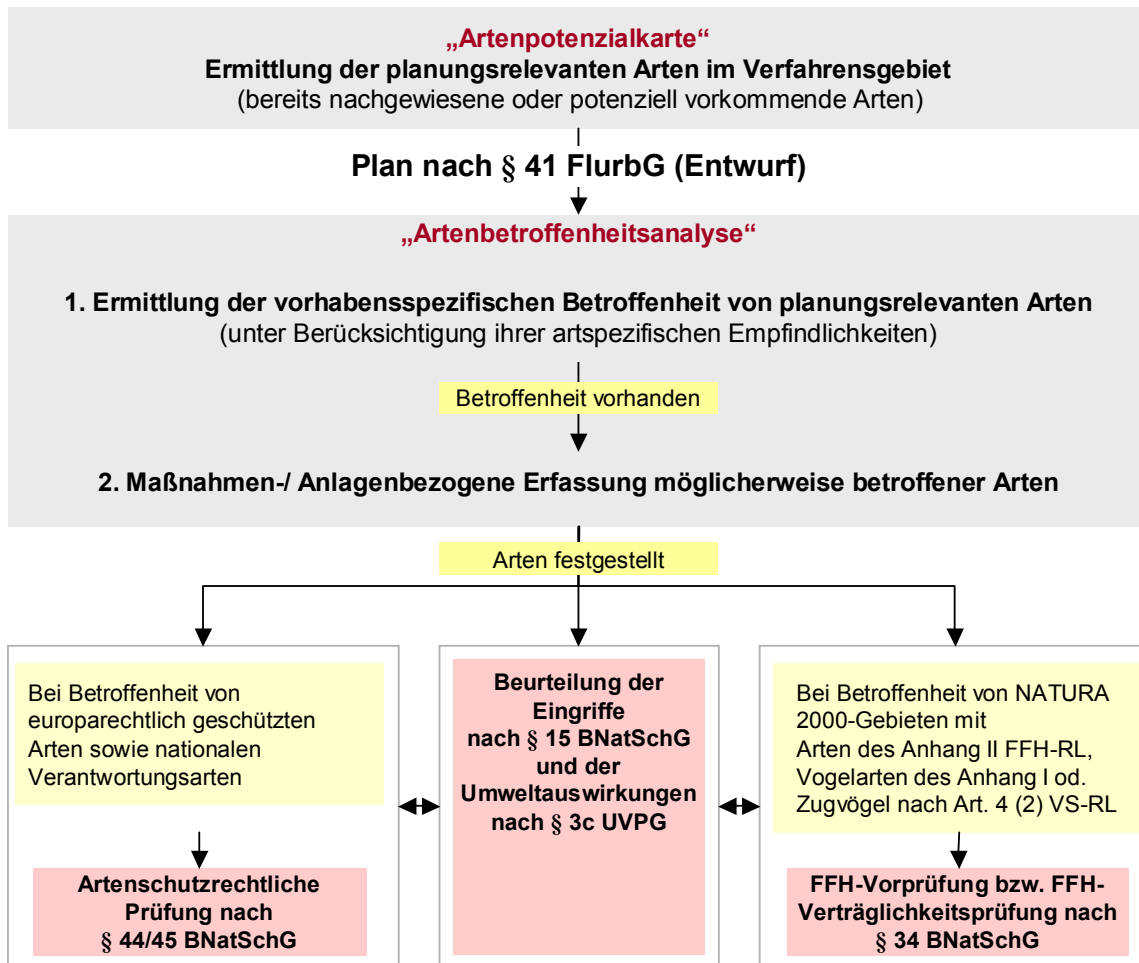
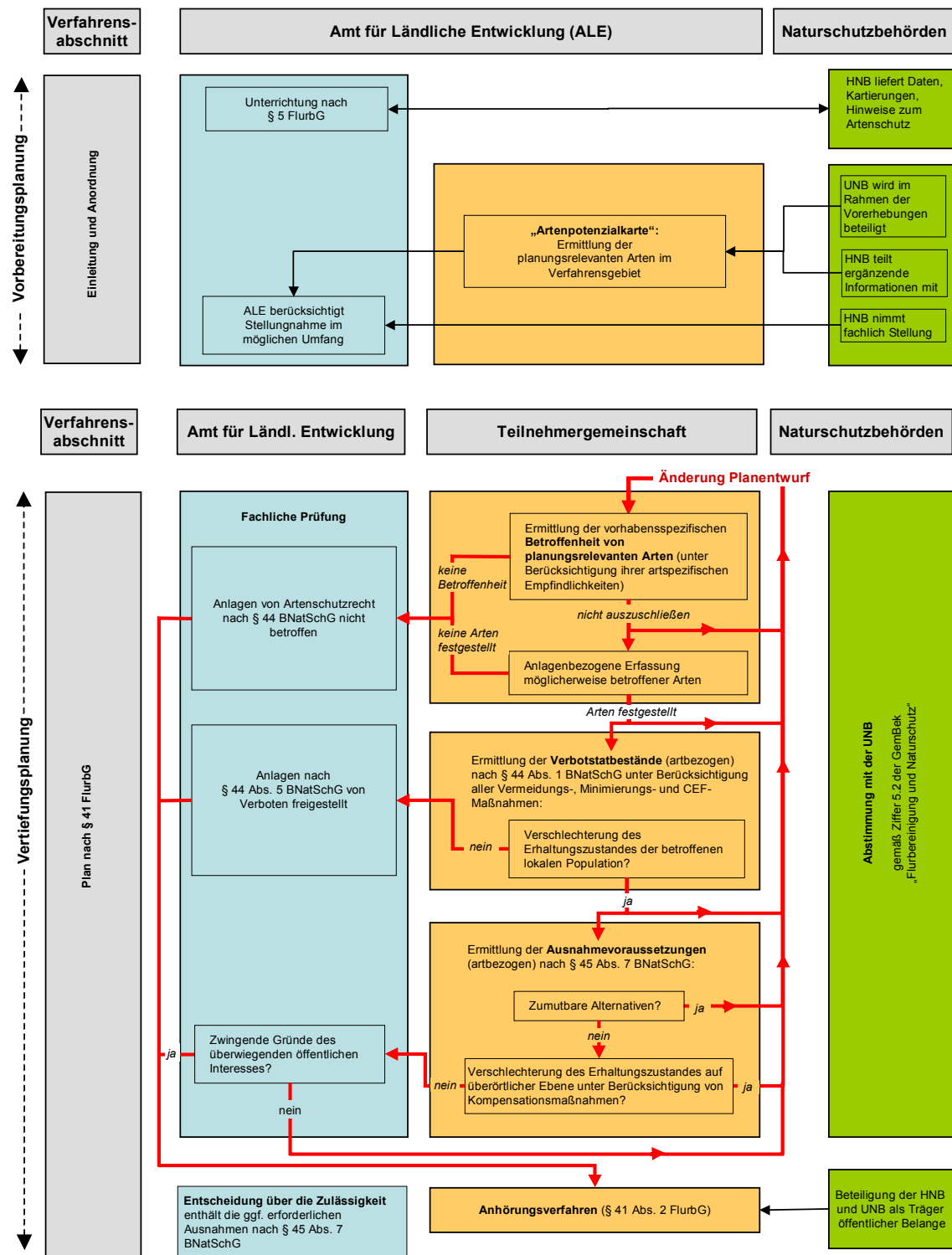


Abbildung 2 Gutachterliche Berücksichtigung des Artenschutzes (Schutzgut Tiere und Pflanzen) in den Verfahren der Ländlichen Entwicklung

Abbildung 3 Gesamtablaufschema: Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Belange nach §§ 44 und 45 BNatSchG in Verfahren der Ländlichen Entwicklung mit Zuständigkeiten und Mitwirkungen



HNB höhere Naturschutzbehörde, UNB untere Naturschutzbehörde

4 Ablauf im Verfahren

4.1 Einleitung und Anordnung von Verfahren: Ermittlung der planungsrelevanten Arten („Artenpotenzialkarte“)

Im Rahmen der Vorbereitungsplanung ist zu ermitteln, welche planungsrelevanten Arten der Liste (siehe Kapitel 5) aktuell im Verfahrensgebiet vorkommen oder mit hoher Wahrscheinlichkeit auch z. B. als Nahrungsgäste oder auf Wander- oder Flugkorridoren zu erwarten sind. Dabei bezieht sich das planungsrelevante Artenspektrum nicht auf einzelne Maßnahmen, sondern auf das gesamte Verfahrensgebiet. Folgende Fragen sind zu beantworten:

- ◆ Welche planungsrelevanten Arten kommen im Verfahrensgebiet tatsächlich vor (siehe Kapitel 4.1.1 – Ermittlung der im Verfahrensgebiet nachgewiesenen Arten) ?
- ◆ Welche planungsrelevanten Arten kommen aufgrund ihrer Lebensraumansprüche und ihrer Verbreitung sehr wahrscheinlich im Verfahrensgebiet vor (siehe Kapitel 4.1.2 – Ermittlung der potenziell im Verfahrensgebiet vorkommenden Arten) ?

Die Auswahl von planungsrelevanten Arten wird in der Artenliste (siehe Kapitel 5) dokumentiert. Für die Beantwortung der oben genannten Fragen sind entsprechende Spalten vorgesehen. Die nachfolgende Tabelle stellt ein Beispiel dar, was in den einzelnen Spalten eingetragen werden kann. Die Eintragungen müssen nicht zwingend nach der hier angegebenen Reihenfolge abgearbeitet werden. Um den Zeitaufwand bei der Vorprüfung zu reduzieren, ist es in manchen Fällen auch sinnvoll, ein Kriterium, das zum eindeutigen Ausschluss von Arten führt, vorzuziehen.

Die räumliche Darstellung der planungsrelevanten Arten erfolgt in der sog. „Artenpotenzialkarte“, aus der ersichtlich ist, wo welche Arten im Verfahrensgebiet vorkommen können.

Verantwortlich für die Erarbeitung der Liste der planungsrelevanten Arten ist der Vorhabensträger. Die untere wie höhere Naturschutzbehörde unterstützen die Ermittlung des planungsrelevanten Artenspektrums durch

- ◆ die Bereitstellung von vorhandenen Tier- und Pflanzendaten,
- ◆ Hinweise zur Verbreitung von Arten im Verfahrensgebiet, soweit vorhanden,
- ◆ Bereitstellung evtl. vorhandener regionalisierter Prüflisten,
- ◆ Nennung von Gebietskennern,
- ◆ Festlegung von zusätzlich zu berücksichtigenden Arten für das betroffene Verfahrensgebiet.

Tabelle 2 Beispiel für die Ermittlung der planungsrelevanten Arten und für die Artenbetroffenheitsanalyse (ausführliche Artenliste mit RL siehe Kapitel 6)

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Ermittlung der planungsrelevanten Arten im Verfahrensgebiet („Artenpotenzialkarte“)						„Artenbetroffenheitsanalyse“ für das Verfahrensgebiet	
		Nachgewiesene Art			Potenzielle Art			B	Bemerkung
		NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V		
Zauneidechse	Lacerta agilis	ja	ASK	1998	Wegsaum nördlich von XXX (ASK Nr. ...)			ja	Ausbau von Wegen mit Wegräumen mit möglichem Artvorkommen
Moorfrosch	Rana arvalis	k.A.				nein		nein	
Schwarzblauer Wiesenknopf-Ameisenbläuling	Glaucopteryx oder Maculinea nausithous	ja	Tagfalterkartierung (gesamtes Verfahrensgebiet, XXX 2007)	2007	Streuwiese südlich von XXX, Hochstaudenflur westlich von XXX			ja	Ausbau von Wegen mit Wegräumen mit kartiertem Artvorkommen
Gelbringfalter	Loipnga archine	nein	Tagfalterkartierung (gesamtes Verfahrensgebiet, XXX 2007)	2007				nein	
Hochmoor-Laufkäfer	Carabus menetriesi pacholei	k.A.				ja	ja	ja	Mögliche Entwässerung durch Wegeneubau im Hochmoorbereich
Breitrand	Dytiscus latissimus	k.A.				ja	ja	nein	Keine Stillgewässer betroffen
Helm-Azurjungfer	Coenagrion mercuriale	ja	ASK	1996	Kalkquellmoor XXX (ASK Nr. ...)			ja	Mögliche Beeinträchtigung von Wiesengräben durch Wegebau
Grüne Keiljungfer	Ophiogomphus cecilia	k.A.				ja	nein	nein	
Sibirische Winterlibelle	Sympecma paedisca	ja	mündl. Auskunft untere Naturschutzbehörde	2005	Individuenreiches Vorkommen im Bereich XXX			ja	Mögliche Beeinträchtigung von Verlandungsbereichen durch Wegebau
Wiesenpieper	Anthus pratensis	ja	Vogelkartierung (Teile des Verfahrensgebietes, XXX 1996)	1994	Streuwiese bei XXX			ja	Brutvogel, mögliche Beeinträchtigung durch Wegebau
Grünspecht	Picus viridis	ja	Vogelkartierung (Teile des Verfahrensgebietes, XXX 1996)	1994	Auwald nördlich von XXX			nein	Brutvogel, Baumhöhlenbrüter, keine Abholzung im gesamten Verfahrensgebiet

Erläuterung:

rot markiert sind die planungsrelevanten Arten;

NW	Nachweis der Art im Verfahrensgebiet: ja, nein oder k.A. (keine Angaben)
Quellenangabe	Datengrundlage: ASK = Artenschutzkartierung,
Jahr	Nachweisjahr des Artvorkommens
Ortsangabe	Angabe des Fundortes des Artvorkommens
L	erforderlicher Lebensraum/Standort der Art im Verfahrensgebiet vorhanden: ja, nein oder k.A. (keine Angaben)
V	Verfahrensgebiet liegt innerhalb des bekannten Verbreitungsgebietes der Art: ja, nein oder k.A. (keine Angaben)
PO	Vorkommen der Art im Verfahrensgebiet möglich (potenzielles Vorkommen): ja, nein oder k.A. (keine Angaben)
Potenzieller Biototyp	Potenzieller Biototyp für die Art im Verfahrensgebiet
B	Vorhabensspezifische Betroffenheit der Art: ja, nein

4.1.1 Ermittlung der im Verfahrensgebiet nachgewiesenen Arten

Zunächst sind alle vorhandenen Informationsquellen über Tier- und Pflanzenartenvorkommen im Verfahrensgebiet auszuwerten, z. B.:

- ◆ Artenschutzkartierung (ASK) ,
- ◆ Bayerische Biotopkartierung,
- ◆ Arten- und Biotopschutzprogramm (ABSP) Bayern für den jeweiligen Landkreis,
- ◆ bereits durchgeführte Kartierungen im Rahmen von anderen Planungen (soweit diese nicht in die ASK eingearbeitet wurden),
- ◆ Befragung von Naturschutzbehörden (insbesondere zum Vorhandensein regionalisierter Prüflisten) sowie von Gebietskennern.

Anschließend wird jede Pflanzen- und Tierart der Prüfliste mit den oben genannten Informationen abgeglichen. Besteht ein Artnachweis innerhalb des Verfahrensgebietes (bis zu maximal 20 Jahre alte Daten werden berücksichtigt), ist in der Spalte „Quellenangabe“ die jeweilige Datengrundlage zu erwähnen, unter „Jahr“ wird das entsprechende Jahr des Nachweises eingetragen. Unter „Ortsangabe“ ist der Fundpunkt im Verfahrensgebiet zu nennen. Bestehen für eine Art mehrere Angaben aus unterschiedlichen Quellen, so gilt immer die aktuellste Datengrundlage. Bei ungenauen oder unvollständigen Fundortangaben sind in der Spalte „potenzieller Biototyp“ diejenigen Biototypen innerhalb des Verfahrensgebietes zu ergänzen, in denen die Art neben den beschriebenen Fundorten vorkommen kann.

In Spalte NW (Nachweis) sind folgende Eintragungen möglich:

ja	Artnachweis im Verfahrensgebiet vorhanden (auf Grundlage einer aktuellen Kartierung oder nach Auswertung von Sekundärdaten wie ASK, vorhandene Kartierungen, Befragung von Gebietskennern usw.)
nein	Art kommt mit Sicherheit nicht im Verfahrensgebiet vor (nur bei Vorhandensein einer aktuellen flächendeckenden Kartierung des Verfahrensgebietes)
k. A.	Kein Artnachweis im Verfahrensgebiet bekannt (nach Auswertung von Sekundärdaten)

Bei „ja“ ist die Art als nachgewiesene Art zu werten und kann bei „vorhabensspezifischer Betroffenheit“ weiter beurteilt werden (siehe Kapitel 4.2.1). Die konkreten Fundortangaben bzw. die potenziellen Biotoptypen sind in die Artenpotenzialkarte zu übertragen. Bei „nein“ kann die Art ausgeschlossen werden. Bei „k. A.“ erfolgt eine Abschichtung zum potenziellen Vorkommen der Art (siehe Kapitel 4.1.2).

4.1.2 Ermittlung der potenziell im Verfahrensgebiet vorkommenden Arten

Da im Regelfall sowohl bei den Pflanzen als auch bei den Tieren keine systematischen und flächendeckenden Bestandserfassungen vorliegen, bedeutet ein Nicht-Nachweis nicht, dass die Art ausgeschlossen werden kann. In einem solchen Fall (also bei „k. A.“ in Spalte NW) ist das potenzielle Vorkommen im Verfahrensgebiet über eine Abschichtung nach den folgenden Kriterien vorzunehmen:

- ◆ Vorhandensein eines geeigneten Lebensraums/Standorts der Art im Verfahrensgebiet (Spalte L) und
- ◆ Vorkommen bzw. Verbreitung der Art im Verfahrensgebiet (Spalte V).

Abschichtung nach Lebensraum/Standort (Spalte L)

Eine Art kann ausgeschlossen werden, wenn der erforderliche Lebensraum bzw. Standort im Verfahrensgebiet nicht vorhanden ist oder die spezifischen Habitatsansprüche einer Art im Verfahrensgebiet nicht erfüllt sind (siehe Spalte L).

Mit Hilfe einer erweiterten Struktur- und Nutzungskartierung (SNK+) kann diese Abschichtung nach Lebensraum/Standort relativ einfach und differenziert vorgenommen werden, da mit der flächendeckenden SNK zusätzlich Habitatmerkmale aufgenommen werden, die für die planungsrelevanten Arten essenziell sind (nähere Ausführungen siehe Kapitel 4.1.3).

Falls keine erweiterte SNK vorliegt, sind zunächst die im Verfahrensgebiet vorkommenden Biotoptypen mit den relativ „groben“ Habitatangaben der Artenliste abzugleichen (siehe Kapitel 5, Prüfliste, Spalte Habitat/Standort). Falls der erforderliche Lebensraum/Standort der Art im Verfahrensgebiet nicht vorkommt, kann die Art ausgeschlossen werden. Wenn der erforderliche Lebensraum/Standort der Art im Verfahrensgebiet vorkommt, sind weitere detaillierte Informationen zum erforderlichen Lebensraum, zu den spezifischen Habitatsansprüchen sowie zur Fortpflanzungsbiologie der Art heranzuziehen, um über einen Ausschluss der Art entscheiden zu können. Die entsprechenden Informationen können ggf. auch durch Begehungen mit den unteren Naturschutzbehörden, örtlichen Gebietskennern, Vegetationskundlern oder Tierökologen verdichtet werden. Bei ungenügenden Informationen muss die entsprechende Art in der Liste verbleiben.

In Spalte L (Lebensraum) sind folgende Eintragungen möglich:

ja	Erforderlicher Lebensraum/Standort der Art kommt im Verfahrensgebiet vor; spezifische Habitatansprüche der Art voraussichtlich erfüllt
nein	Erforderlicher Lebensraum/Standort der Art kommt im Verfahrensgebiet nicht vor; spezifische Habitatansprüche der Art mit Sicherheit nicht erfüllt
k. A.	keine genauen Angaben zu Lebensraum/Standort der Art vorhanden; spezifische Habitatansprüche unbekannt

Bei „nein“ wird die Art ausgeschlossen; es ist keine Weiterbearbeitung notwendig. Bei „ja“ oder „k. A.“ erfolgt eine Weiterbearbeitung anhand des nächsten Kriteriums.

Abschichtung nach Verbreitungsgebiet der Art im Verfahrensgebiet im (Spalte V)

Eine Art kann ausgeschlossen werden, wenn deren Verbreitungsgebiet nach aktuellem Kenntnisstand eindeutig außerhalb des Verfahrensgebietes liegt (siehe Spalte V)¹. Dies ist z. B. der Fall, wenn der regionalisierte Rote-Liste-Status einer Tier- oder Pflanzenart im entsprechenden Großnaturreich „ausgestorben“, „verschollen“ oder „im Naturreich nicht vorkommend“ beträgt. Neben der Abfrage des regionalisierten Rote-Liste-Status sollten in diesem Zusammenhang auch weitere Quellen herangezogen werden, um die Verbreitung einer Art festzustellen wie z. B.:

- ◆ Fledermäuse in Bayern (MESCHKE & RUDOLPH 2004),
- ◆ Brutvögel in Bayern (BEZZEL et al. 2005),
- ◆ Libellen in Bayern (KUHN & BURBACH 1998),
- ◆ Heuschrecken in Bayern (SCHLUMPRECHT & WAEGER 2003),
- ◆ Tagfalter in Bayern (in Vorbereitung),
- ◆ PETERSEN et al. (2003 und 2004),
- ◆ Verbreitungskarten des Bundesamtes für Naturschutz (siehe http://www.bfn.de/0316_bewertung_arten.html),
- ◆ Auswertung der ASK oder des ABSP sowie
- ◆ sonstige Angaben aus der Literatur oder von Gebietskennern.

Falls unterschiedliche Aussagen zur Verbreitung vorliegen, gilt immer die aktuelle und räumlich spezifische Datengrundlage. Hierbei ist eine Zusammenschau der Daten erforderlich.

In Spalte V (Verbreitung) sind folgende Eintragungen möglich:

ja	Verfahrensgebiet liegt innerhalb des bekannten Verbreitungsgebietes der Art
nein	Verfahrensgebiet liegt eindeutig außerhalb des bekannten Verbreitungsgebietes der Art
k.A.	keine Angaben zur Verbreitung der Art in Bayern vorhanden

¹ Gemäß Art. 12 bzw. 13 FFH-RL beziehen sich die Verbotstatbestände auf die Tierarten „in ihren natürlichen Verbreitungsgebieten“ und auf die Pflanzenarten „in deren Verbreitungsräumen in der Natur“. Außerhalb ihres Verbreitungsgebietes vorkommende Arten können für die weitere Betrachtung ausgeschlossen werden; ebenso Zufallsbeobachtungen wie z. B. seltene Durchzügler und Irrgäste.

Bei „nein“ wird die Art ausgeschlossen; es ist keine Weiterbearbeitung notwendig. Bei „ja“ oder „k. A.“ ist die Art als potenziell im Verfahrensgebiet vorkommende Art zu werten und kann bei „vorhabensspezifischer Betroffenheit“ weiter beurteilt werden.

In Spalte PO (potenzielle Art) werden die Ergebnisse der vorausgehenden zwei Abschichtungskriterien zusammengefasst. In Spalte PO sind folgende Eintragungen möglich:

ja	Art kann im Verfahrensgebiet (aufgrund der Lebensraumausstattung und Verbreitung in Bayern) potenziell vorkommen
nein	Art kann im Verfahrensgebiet (aufgrund der Lebensraumausstattung und Verbreitung in Bayern) nicht vorkommen

In der Spalte „Potenzieller Biotoptyp“ sollten diejenigen Biotoptypen des Verfahrensgebietes genannt werden, in denen die Art potenziell vorkommen kann (Kernlebensräume).

Wie bereits erwähnt, sind die Ergebnisse des gesamten Abschichtungsprozesses (nachgewiesene und potenziell vorkommende Arten) in einer Artenpotenzialkarte darzustellen. Wenn keine Artkartierungen vom Verfahrensgebiet vorliegen, aus denen die räumliche Verteilung von Arten ersichtlich ist (Fundpunkte), bleibt nur die Zuordnung der Arten zu den im Verfahrensgebiet vorkommenden Biotop- oder Strukturtypen, die z. B. aus der SNK oder aus anderen Begehungen entnommen werden können. Eine solche Zuordnung von Arten zu den vorhandenen Strukturtypen ist meist sehr unspezifisch, da zumindest die Strukturtypen der SNK relativ grob definiert sind (keine feine Unterteilung). Dies bedeutet, dass eine Art in mehreren Strukturtypen vorkommen kann und umgekehrt in einem Strukturtyp sehr viele verschiedene Arten vorkommen können. In einem solchen Fall würde die Artenpotenzialkarte keine aus planerischer Sicht sinnvolle Hilfe zur Planung der Maßnahmen darstellen, da viele Arten Biotop- oder Strukturtypen zugeordnet sind, die die relativ spezifischen Ansprüche der planungsrelevanten Arten gar nicht erfüllen. Um dieses Problem zu lösen, ist vorgesehen, die bestehende Struktur- und Nutzungskartierung (SNK) um spezifische artenrelevante Strukturmerkmale zu erweitern. Dieser Ansatz wird im nachfolgenden Kapitel näher erläutert. Solange eine solche erweiterte SNK nicht zur Verfügung steht oder wenn bei einem Verfahren keine SNK durchgeführt wird, ist der spezifische Raumbezug durch entsprechende Geländebegehungen oder Befragungen der unteren Naturschutzbehörden weiter zu differenzieren.

4.1.3 Erweiterung der Struktur- und Nutzungskartierung (SNK+) zur Ermittlung des planungsrelevanten Artenpotenzials

Wie bereits erwähnt, ist eine verstärkte Integration artenschutzfachlicher Belange in die Landschaftsplanung der Flurneuordnung nur möglich, wenn raumbezogene Arteninformationen vorliegen. Bestandserfassungen aller relevanten Artengruppen kommen nicht in Frage, da der Aufwand angesichts der durchschnittlichen Größe der Verfahrensgebiete viel zu hoch wäre. Die Lösung besteht daher in einer entsprechenden Erweiterung der Struktur- und Nutzungskartierung (SNK+) um spezifische artenrelevante Strukturmerkmale.

Erweiterung/Umarbeitung des SNK-Schlüssels

Die Struktur- und Nutzungskartierung (SNK) stellt üblicherweise die Basis und den ersten Schritt für die Maßnahmenplanung in der Flurneuordnung dar. Für die zukünftig stärkere Berücksichtigung des Artenschutzes in den Flurneuordnungsverfahren ist es sinnvoll, die SNK so zu ändern, dass den kartierten Strukturtypen das potenzielle Vorkommen prüfungs- bzw. planungsrelevanter Tier- und Pflanzenarten zugeordnet werden kann. Ziel ist es, mit der SNK die planungsrelevanten Arten im Verfahrensgebiet zu ermitteln.

Hierzu müssen zunächst alle planungsrelevanten Arten mit den im SNK-Schlüssel vorhandenen Strukturtypen verknüpft werden. Die Zuordnung der Pflanzenarten zu den Strukturtypen erfolgt nach den möglichen Standorten für die jeweilige Pflanzenart. Da die bisherige SNK ein vegetationstypenbezogener Schlüssel ist, ist die entsprechende Zuordnung der Pflanzenarten relativ einfach. Die Zuordnung von Tierarten zu den passenden Strukturtypen ist hingegen oft schwierig, da viele Tierarten im Laufe ihres Lebens verschiedene Teilhabitate benötigen. Dabei sollten nicht alle möglichen Teilhabitate einer Art berücksichtigt werden, sondern nur die wichtigen Kernlebensräume. Hierzu zählen insbesondere die Fortpflanzungs- und Ruhestätten samt essenzieller Nahrungs-, Jagdhabitate und Wander- bzw. Flugrouten, deren Beschädigung einen Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 BNatSchG darstellt.

Wie bereits erwähnt, ist eine bloße Zuordnung von Arten zu den vorhandenen Strukturtypen nicht zielführend, da in einem Strukturtyp nach dem bisherigen Kartierungsschlüssel (z. B. Extensivgrünland oder Hecke) sehr viele verschiedenen Arten vorkommen können. Die planungsrelevanten Arten haben jedoch meist sehr spezifische Habitatansprüche. Es ist daher zweckmäßig, anhand dieser Ansprüche den entsprechenden Strukturtyp weiter zu differenzieren und dadurch mit der zusätzlichen Erfassung von relevanten Habitatmerkmalen das mögliche Artenspektrum einengen zu können. Eine solche Differenzierung kann durch Ergänzung der vorhandenen Attributlisten erfolgen.

Das Ziel besteht also darin, anhand einer Habitatanalyse, die über die bloße Festlegung des Strukturtyps hinausgeht, das potenzielle Artenspektrum für den betrachteten Strukturtyp zu definieren. Umgekehrt bedeutet dies, dass Arten, deren Habitatansprüche im betrachteten Strukturtyp nicht erfüllt sind, ausgeschlossen werden können.

Nachfolgend wird anhand eines Beispiels erläutert, wie eine planungsrelevante Art entsprechend ihrer Habitatansprüche mit den Strukturtypen der SNK verknüpft werden kann.

Beispiel: **Schwarzblauer Wiesenknopf-Ameisenbläuling (*Maculinea* oder *Glaucopsyche nausithous*)**

M. nausithous besiedelt spät gemähte Feuchtwiesen / Streuwiesen, Hochstaudenfluren, sowie Böschungen mit Sickerwasser und andere Saumstandorte. Die Art kann daher in den nachfolgenden Strukturtypen des SNK-Schlüssels vorkommen:

Planungsrelevante Art:



Maculinea nausithous

Strukturtypen:

Gras- und Krautflur



Extensivgrünland



Hochstaudenflur



Feucht/Nassgrünland



Die Eiablage von *M. nausithous* erfolgt in Blütenköpfe des Großen Wiesenknopfs (*Sanguisorba officinalis*), der ausschließlichen Raupenfutterpflanze. Darin fressen die Jungraupen bis Erreichen des vierten Larvenstadiums. Die weitere Entwicklung vollzieht sich im Herbst in Nestern der Ameise *Myrmica rubra*. Voraussetzung für ein Vorkommen von *Maculinea nausithous* ist daher das Vorkommen des Großen Wiesenknopfs (*Sanguisorba officinalis*) sowie Nester der Haupt-Wirtsameise *Myrmica rubra*.

Die Nester der Haupt-Wirtsameise lassen sich im Gelände nicht ohne Aufwand feststellen, der Große Wiesenknopf hingegen ist im Gelände leicht erkennbar. Bei der Kartierung wäre bei den in Frage kommenden Strukturtypen als zusätzliches Merkmal festzustellen, ob der Große Wiesenknopf vorkommt. Wenn dies mit „ja“ beantwortet wird, dann handelt es sich um ein potenzielles Habitat für *Maculinea nausithous*. Wenn die Frage mit nein beantwortet wird, kann die Art für das betrachtete Objekt ausgeschlossen werden.

Alle planungsrelevanten Arten werden dem obigen Beispiel folgend in die SNK eingearbeitet (Modifizierung des SNK-Schlüssels mit Hilfe von entsprechenden Attributen). Deren Habitatmerkmale stehen in der Kartiersoftware künftig so zur Verfügung, dass die notwendigen Abfragen zur Habitatstruktur bei der Kartierung automatisch abgerufen werden können und somit der Kartierer keine speziellen Kenntnisse zu den Habitatansprüchen der planungsrelevanten Arten haben muss.

Praktisch bedeutet dies, dass während der Kartierung einem bestimmten Objekt nicht nur ein Strukturtyp zuzuordnen ist, sondern auch zusätzliche Habitatmerkmale aufgenommen werden, die für die planungsrelevanten Arten von essenzieller Bedeutung sind. Nach Abschluss der Kartierung kann dann aufgrund der kartierten Strukturtypen und der zusätzlich erhobenen Habitatinformationen eine vorläufige Liste von möglichen Arten im Verfahrensgebiet erstellt werden (siehe Abbildung 4). Im Prinzip entspricht diese Vorgehensweise der Abschichtung nach Lebensraum/Standort (vgl. Kap. 4.1.2), nur ist sie wesentlich differenzierter.

Hinzuziehung zusätzlicher Informationen

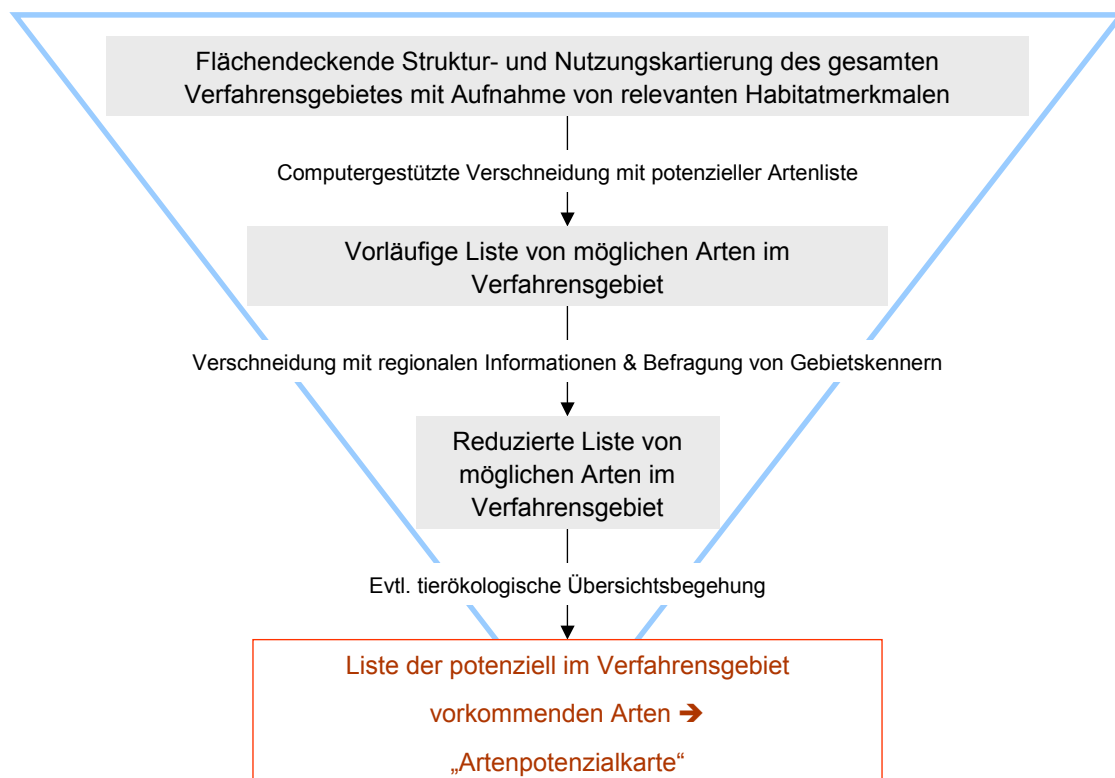
Die Liste solcher potenziell möglicher Arten kann in einem zweiten Schritt mit regionalen Informationen der Roten Liste, der Bayerischen Biotopkartierung, der Artenschutzkartierung (ASK), der landkreisbezogenen Arten- und Biotopschutzprogramme (ABSP) sowie mit vorhandenen Verbreitungskarten verschnitten werden. Eine Tier- oder Pflanzenart kann z. B. ausgeschlossen werden, wenn deren Verbreitungsgebiet eindeutig außerhalb des jeweiligen Verfahrensgebietes liegt (siehe Abschichtung nach Verbreitungsgebiet der Art im Verfahrensgebiet).

Nach Verschneidung mit den oben genannten regionalen Informationen erhält man eine reduzierte Liste von möglichen Arten im Verfahrensgebiet.

Anhand dieser potenziellen Artenliste könnten zusammen mit den unteren Naturschutzbehörden und regionalen Gebietskennern in einer Übersichtsbegehung vor Ort weitere Arten ausgeschlossen werden. In schwierigeren Fällen ist auch eine Übersichtsbegehung durch einen Tierökologen denkbar. Nach einer ähnlichen Vorgehensweise wird auch in Baden-Württemberg verfahren (PETERSEN 2006, GEISSLER-STROBEL et al. 2003). So verbleiben nur diejenigen potenziellen Arten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit im Verfahrensgebiet vorkommen.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass man nicht nur eine Liste von potenziell möglichen Arten erhält, sondern aufgrund der Koppelung zu den einzelnen Strukturtypen auch einen Raumbezug herstellt. D. h., man erhält eine Artenpotenzialkarte, mit der man erkennen kann, welche Arten in welchen Strukturtypen des Verfahrensgebietes vorkommen können. Dadurch lassen sich umfangreiche Kartierungen aller Artengruppen vermeiden.

Abbildung 4 Ermittlung des planungsrelevanten Artenpotenzials im Verfahrensgebiet mit Hilfe der erweiterten SNK (SNK+)



4.2 Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen: Artenbetroffenheitsanalyse und artenschutzrechtliche Prüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG

4.2.1 Artenbetroffenheitsanalyse für das Verfahrensgebiet

4.2.1.1 Ermittlung der vorhabensspezifischen Betroffenheit von planungsrelevanten Arten

Das planungsrelevante Artenspektrum ist für die Beurteilung von Beeinträchtigungen auf jene Arten einzugrenzen, die von den geplanten Maßnahmen bzw. Anlagen eines Verfahrens (im Sinne des Plans nach § 41 FlurbG) tatsächlich betroffen sein können („Artenbetroffenheitsanalyse“). Im Rahmen der Vertiefungsplanung wird daher geprüft, welche der bisher ermittelten planungsrelevanten Arten (tatsächlich oder potenziell vorkommend) von den möglichen Wirkungen der einzelnen Maßnahmen beeinträchtigt werden können, d. h. welche Arten für die Beurteilung von Beeinträchtigungen tatsächlich betrachtet werden müssen. Umgekehrt bedeutet dies, dass Arten oder ganze Artengruppen, die mit hinreichender Sicherheit von den Vorhabenswirkungen nicht betroffen sein können, nicht weiter betrachtet werden müssen, d. h. sie können bereits im Stadium der Vorprüfung ausgeschlossen werden.¹

Beispiele: Wenn im gesamten Verfahrensgebiet keine Maßnahmen in oder in unmittelbarer Nähe von Gewässern stattfinden und die durchzuführenden Maßnahmen auch keine Auswirkungen auf Gewässer haben, können rein aquatische Tiergruppen wie Fische, Krebse und Muscheln ausgeschlossen werden.

Wenn in einem Verfahrensgebiet keine alten Bäume gefällt werden, sind keine Beeinträchtigungen für Waldfledermäuse oder altholzbewohnende Käfer zu erwarten (unter der Voraussetzung, dass nicht andere Beeinträchtigungen wie Zerschneidungen vorliegen). D. h. diese beiden Artengruppen können ebenfalls ausgeschlossen werden.

Der Ausschluss einer Art oder einer ganzen Artengruppe muss nicht erst am Ende des Abschichtungsprozesses vorgenommen werden, sondern kann bei klarer Sachlage (d. h. endgültig feststehender technischer Planung) auch schon zu Beginn der Vorprüfung erfolgen. Dies erspart den oft erheblichen Zeitaufwand, der für die einzelnen Abschichtungsschritte benötigt wird.

Die Voraussetzung für die Beurteilung der Betroffenheit von Arten ist die genaue Kenntnis der möglichen Vorhabenswirkungen. D. h. der Plan nach § 41 FlurbG muss zumindest im Entwurf feststehen, um überhaupt Aussagen zur Betroffenheit vornehmen zu können. Falls sich die technische Planung während des Planungsprozesses ändert, könnte sich daraus auch eine Änderung der Betroffenheit ergeben.

Grundsätzlich ist anhand der artspezifischen Empfindlichkeit für jede nachgewiesene oder potenziell vorkommende planungsrelevante Art und zugleich für jede geplante Maßnahme zu prüfen, ob vorhabensbedingte Beeinträchtigungen möglich sind. Neben einer Entfernung oder Beeinträchtigung von Strukturen oder Biotoptypen, die für die jeweilige Art wichtig sind, ist auch zu prüfen, ob die Art empfindlich auf Zer-

¹ Solche ausgeschlossenen Arten können jedoch für die Planung von artspezifischen Naturschutzmaßnahmen eine Rolle spielen.

schneidungswirkungen oder Störwirkungen reagiert, die mit den Maßnahmen unter Umständen verbunden sind.

Sind in einem Verfahren viele einzelne Maßnahmen geplant, stellt diese Vorgehensweise einen hohen Bearbeitungsaufwand dar, wenn bei der Artenbetroffenheitsanalyse jede einzelne Maßnahme in Hinblick auf das gesamte planungsrelevante Artenspektrum betrachtet wird. Dieser Aufwand lässt sich reduzieren, indem man nicht alle Maßnahmen prüft, sondern sog. „prüfungsrelevante Maßnahmen“ auswählt. Hierzu geht man nicht von den Arten, also der Betroffenenseite aus (wie dies in einer Artenschutzprüfung üblich ist), sondern man geht von der Vorhabenseite aus und überlegt, welche Wirkungen eine geplante Maßnahme hat und wie diese sich auf Tiere und Pflanzen ganz allgemein auswirken können. Falls die möglichen Vorhabenswirkungen sehr gering sind, kann die entsprechende Betroffenheit ausgeschlossen werden, ohne alle planungsrelevanten Arten für diese Maßnahme abzu prüfen.

Beispiele: Eine geringfügige Verbreiterung eines bestehenden Wirtschaftsweges (Ausbaumaßnahme) ist im Intensivgrünland für Tiere und Pflanzen nicht relevant (-> Ausschluss der Ausbaumaßnahme).
Wenn bei einem Ausbau eines bestehenden Wirtschaftsweges ein strukturreicher Wegsaum beseitigt wird, ist diese Ausbaumaßnahme jedoch artenschutzfachlich relevant.

Wie die Beispiele zeigen, sollten diejenigen Maßnahmen eines Verfahrens herausgefiltert werden, bei denen mit Beeinträchtigungen der planungsrelevanten Arten zu rechnen ist. Anhand der Kriterien „Art der Maßnahme“ (z. B. Ausbau oder Neubau eines Weges) sowie „betroffene Struktur- oder Nutzungstypen“ kann eine Auswahl von prüfungsrelevanten Maßnahmen getroffen werden. Hierzu ist zunächst eine Analyse der von den einzelnen Maßnahmen betroffenen Struktur- oder Nutzungstypen notwendig:

- ◆ Welche Struktur- und Nutzungstypen werden direkt überbaut oder überquert?
- ◆ Welche Struktur- und Nutzungstypen befinden sich in der Umgebung der geplanten Maßnahmen?

Zusätzlich bedarf es der Ermittlung mittelbarer Auswirkungen, v. a. der von Maßnahmen ausgehenden Störungen für Tiere.

Aufgrund der ermittelten Betroffenheitssituation kann dann festgelegt werden, welche Maßnahmen artenschutzfachlich relevant sind, d. h. welche Maßnahmen in Hinblick auf eine Beurteilung des Schutzgutes Tiere und Pflanzen weiter betrachtet werden (Ausschluss von Maßnahmen mit geringer Wirkungsintensität). Die Artenbetroffenheit wird – wie die Ermittlung der planungsrelevanten Arten – ebenfalls in der Artenliste dokumentiert (siehe Tabelle 2). In der Spalte B (vorhabensspezifische Betroffenheit) sind folgende Eintragungen möglich:

ja	Art kann aufgrund ihrer artspezifischen Empfindlichkeit von einzelnen Maßnahmen betroffen sein
nein	Art kann aufgrund ihrer artspezifischen Empfindlichkeit von keiner der geplanten Maßnahmen betroffen sein

Bei „nein“ wird die Art nicht weiter betrachtet. Bei „ja“ ist die Art einer weiteren artenschutzfachlichen Beurteilung zu unterziehen. Die Spalte „Bemerkung“ dient hauptsächlich dazu, kurz zu begründen, warum die Art nicht betroffen ist. In dieser Spalte können aber auch sonstige Bemerkungen zu einzelnen Arten gemacht werden.

Die Artenbetroffenheitsanalyse sollte in enger Abstimmung mit den unteren Naturschutzbehörden erfolgen.

4.2.1.2 Maßnahmen- bzw. anlagenbezogene Erfassung möglicherweise betroffener planungsrelevanter Arten

Sind Beeinträchtigungen von planungsrelevanten Arten für eine geplante Maßnahme bzw. Anlage nicht auszuschließen und will man an ihr festhalten (keine andere Alternative möglich), so ist eine Erhebung der möglicherweise betroffenen Arten erforderlich. In seinem Urteil vom 18.05.2006 hat der EuGH festgestellt, dass von einem Artvorkommen nur ausgegangen werden müsse, falls gesicherte Informationen über das Vorkommen vorliegen und die Angaben nicht nur die Möglichkeit eines solchen Vorkommens belegen.

Die in Frage kommenden Arten sowie die Erhebungsmethodik sind mit den unteren Naturschutzbehörden abzustimmen. Je gefährdeter eine Art ist, umso intensiver sollte die zugehörige Datenerhebung sein (LÜTTMANN 2007). Werden artenschutzrelevante Arten tatsächlich festgestellt, ist im Rahmen der Kartierung auch der Erhaltungszustand der betroffenen lokalen Population bzw. des lokalen Bestandes abzuschätzen. Dies bedeutet u. U. die Erfassung eines größeren Bereichs um die eigentliche Maßnahme.

Die Bestandserfassung sollte auch das Habitatpotenzial im Umfeld berücksichtigen. Beispielsweise ist es wichtig zu wissen, ob bei Eingriffen in Gewässerkomplexe für den lokalen Bestand des Kammmolchs ausreichend Laichhabitate oder bei Eingriffen in Wald für die Wochenstübgemeinschaft der Fransenfledermaus weitere Baumhöhlen als Quartierangebote in räumlich-funktionalem Zusammenhang vorhanden sind, so dass die Funktionalität im Fall einer Beseitigung eines einzelnen Tümpels oder einer Höhle möglicherweise erfüllt bleibt (LÜTTMANN 2007).

Der aktuelle Erhaltungszustand von lokalen Populationen ist mit einer „ABC-Bewertung“ zu klassifizieren. Dieses Bewertungsverfahren wurde für die FFH-Arten bundesweit als Standardmethode für das FFH-Monitoring eingeführt. Nach den Vorgaben der LANA (2001) werden für die Bewertung des Erhaltungszustandes von Arten die drei Kriterien „Habitatqualität“ (artspezifische Strukturen), „Zustand der Population“ (Populationsdynamik und -struktur) und „Beeinträchtigung“ herangezogen. Die Einstufung des Erhaltungszustandes erfolgt dabei in die Wertstufen:

- ◆ A: hervorragender Erhaltungszustand
- ◆ B: guter Erhaltungszustand
- ◆ C: mittlerer bis schlechter Erhaltungszustand

Zu beachten ist, dass die Wertstufen A und B jeweils einen „günstigen“ Erhaltungszustand darstellen und nur die Wertstufe C für einen „ungünstigen“ Erhaltungszustand steht.

Speziell für Bayern entwickelte Kartieranleitungen und Bewertungsschemata für Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie liegen für einige Arten im Entwurf vor (siehe Bayerisches Landesamt für Umwelt). Kartier-

anleitung für Waldvogelarten des Anhangs I Vogelschutzrichtlinie wurden von der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) erstellt (<http://www.lwf.bayern.de/waldoekologie/naturschutz/ffh-natura2000/34293/index.php>). Für weitere FFH-Arten haben SCHNITTER et al. (2006) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN 2009) bundesweit standardisierte ABC-Bewertungsvorgaben entwickelt.

4.2.2 Artenschutzrechtliche Prüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG

4.2.2.1 Prüfung der Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG

Falls vorhabensbedingte Beeinträchtigungen von planungsrelevanten Arten nicht auszuschließen sind, erfolgt für alle europarechtlich geschützten Arten (siehe Artenliste) sowie für die nationalen Verantwortungsarten eine entsprechend den Ausführungen von Kapitel 3.3 vereinfachte artenschutzrechtliche Prüfung der Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG. In Tabelle 3 sind die Prüfschritte tabellarisch in Kurzform dargestellt, in Abbildung 5 ist das zugehörige Ablaufschema wiedergegeben.

Tabelle 3 Prüfschritte für die vereinfachte artenschutzrechtliche Prüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG in der Ländlichen Entwicklung und ihr Bezug zu den Planungsphasen der Ländlichen Entwicklung

Prüfschritte für die artenschutzrechtliche Prüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG		Planungsphasen der L.E.
Vorprüfung, Teil 1	Ermittlung der planungsrelevanten Arten (Artenpotenzialkarte)	Vorbereitungsplanung
Vorprüfung, Teil 2	Ermittlung der vorhabensspezifischen Betroffenheit (Artenbetroffenheitsanalyse), u.U. mit aktueller Bestandserfassung	Vertiefungsplanung
Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbote nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG	<i>Ermittlung der Beeinträchtigung der Art (ohne Vermeidungsmaßnahmen):</i> Kurze Beschreibung des betroffenen Artvorkommens (Fortpflanzungs- oder Ruhestätte, Erhaltungszustand der lokalen Population) sowie der zu erwartenden Auswirkungen der Maßnahme auf das lokale Vorkommen	
	<i>Beschreibung der erforderlichen Vermeidungsmaßnahmen, ggf. des Risikomanagements:</i> Kurze Beschreibung der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie der evt. erforderlichen „vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen“ (= CEF-Maßnahmen); Aussagen zu Art, Wirkungszeitpunkt und Effizienz der ausgewählten bzw. zum Ausschluss verworfener Vermeidungsmaßnahmen; Darstellung der Wissenslücken und Prognoseunsicherheiten; ggf. Vorschlag von Maßnahmen des Risikomanagements	
	<i>Prüfung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (mit Vermeidungsmaßnahmen):</i> Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbote in Hinblick auf die Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population / des lokalen Bestandes (infolge von Störung oder ökologischem Funktionsverlust der betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang)	
Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG	<i>Zwingende Gründe:</i> Kurze Begründung des öffentlichen Interesses	
	<i>Alternativenprüfung:</i> Kurze Bewertung der geprüften Alternativen	
	<i>Prüfung der Wahrung des Erhaltungszustandes der betroffenen Arten:</i> Kurze Begründung, ob sich der Erhaltungszustand auf überörtlicher Ebene verschlechtert; ggf. Beschreibung der Kompensationsmaßnahmen; Prüfung von Artenschutzprogrammen; Aussagen zur Effizienz der ausgewählten bzw. zum Ausschluss verworfener Kompensationsmaßnahmen; Aussagen zum Monitoring	

Ermittlung der Beeinträchtigung der Art (ohne Vermeidungsmaßnahmen)

Um beurteilen zu können, wie eine Art von einer Maßnahme beeinträchtigt werden kann, ist zunächst das betroffene Artvorkommen kurz zu beschreiben: Handelt es sich um eine Fortpflanzungs- oder Ruhestätte? Wie ist die Population bzw. der betroffene Bestand räumlich verteilt? Wie ist der Erhaltungszustand der lokalen Population bzw. des lokalen Bestandes? Anschließend sind die zu erwartenden Auswirkungen der Maßnahmen auf das Artvorkommen zu beschreiben: Können durch die Maßnahme Beeinträchtigungen hervorgerufen werden, die artenschutzrechtliche Verbotstatbestände darstellen bzw. auslösen, d. h. die zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population/des lokalen Bestandes führen können?

Beschreibung der erforderlichen Vermeidungsmaßnahmen, ggf. des Risikomanagements

Falls Verbotstatbestände nicht auszuschließen sind, ist zu überlegen, ob die Beeinträchtigungen durch geeignete Maßnahmen vermieden oder in ihrer Stärke soweit abgesenkt werden können, dass sie nicht mehr verbotsrelevant sind. Ziel der Vermeidungsmaßnahmen ist es, mithilfe artspezifischer Maßnahmen einen günstigen Erhaltungszustand des lokal betroffenen Bestandes der jeweiligen Art zu gewährleisten und eine Ausnahmeprüfung möglichst zu vermeiden.

Die in Frage kommenden Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen (z. B. Bauzeitenbeschränkung, Lageverschiebung bei Wegen, Querungshilfen) sowie die evtl. erforderlichen „vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen“ (CEF-Maßnahmen = funktionserhaltende Maßnahmen wie z. B. Erweiterung oder Verbesserung des Habitats) sind kurz zu beschreiben. Dabei sollten Aussagen zur Art, zum Wirkungszeitpunkt und auch zur Effizienz der ausgewählten bzw. der verworfenen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen erfolgen. Wissenslücken und Prognoseunsicherheiten sollten ebenfalls dargestellt werden. In solchen Fällen ist es auch notwendig, entsprechende Maßnahmen des Risikomanagements zu erwähnen (z. B. besondere Bau- oder Funktionskontrollen, Korrektur- und Vorsorgemaßnahmen, Monitoring).

Prüfung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (mit Vermeidungsmaßnahmen)

Anschließend sind die einzelnen artenschutzrechtlichen Verbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG abzuprüfen. Maßstab der Bewertung einer Beeinträchtigung ist bei allen Verbotstatbeständen die Auswirkung auf das lokale Vorkommen einer Art. Die relevante Fragestellung ist, ob sich trotz der vorgenommenen Vermeidungs-, Minimierungs- und CEF-Maßnahmen der Erhaltungszustand der lokalen Population bzw. des lokalen Bestandes infolge von Störung oder ökologischem Funktionsverlust der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang verschlechtert. Die Entscheidung hierüber fällt die planfeststellende Behörde.

4.2.2.2 Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG

Eine artenschutzrechtliche Ausnahmeprüfung wird in Verfahren der Ländlichen Entwicklung selten der Fall sein, da i. d. R. bereits durch frühzeitige Alternativenprüfung eine Naturschutzverträglichkeit geschaffen werden kann. Falls dennoch Verbotstatbestände erfüllt werden, sind die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen. Danach müssen für alle europarechtlich geschützten Arten sowie die nationalen Verantwortungsarten die folgenden drei Fragen mit ja beantwortet werden:

- ◆ Ist die Maßnahme aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses gerechtfertigt?
- ◆ Sind keine zumutbaren Alternativen vorhanden?
- ◆ Ist sichergestellt, dass sich unter Berücksichtigung von Kompensationsmaßnahmen der Erhaltungszustand der betroffenen Art auf überörtlicher Ebene nicht verschlechtert?

Zwingende Gründe

Die zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses sind kurz zu begründen. Die Beantwortung dieser Fragestellung ist nicht Teil der Landschaftsplanung, sondern wird durch die Genehmigungsbehörde festgestellt.

Alternativenprüfung

Ist eine entsprechende zumutbare Alternative verfügbar, so besteht ein strikt zu beachtendes Vermeidungsgebot, das nicht im Wege der planerischen Abwägung überwunden werden kann. Die Frage ist, ob es anderweitige zufriedenstellende Alternativen gibt, die zu keinen oder geringeren Beeinträchtigungen der betrachteten Art führen. Daher ist aufzuzeigen, welche Alternativen geprüft wurden und warum sie nicht zumutbar sind oder aus naturschutzfachlicher Sicht nicht in Frage kommen.

Prüfung der Wahrung des Erhaltungszustandes der betroffenen Arten

Bei Prüfung der Verbotstatbestände (Schritt 2 der Artenschutzprüfung) ist die Betrachtungsebene die lokale Population. Bei Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen (Schritt 3) ist dagegen eine großräumigere Betrachtung vorzunehmen und zu prüfen, ob sich der Erhaltungszustand auch auf überörtlicher Ebene verschlechtert. Je nach betrachteter Art kann diese überörtliche Ebene vom Verfahrensgebiet bis zur biogeographischen Region reichen. Wenn der Erhaltungszustand bereits ungünstig ist, darf die Maßnahme jedenfalls zu keiner weiteren Verschlechterung führen.

Bleibt der Erhaltungszustand nicht gewahrt, ist zu überlegen, mit welchen Maßnahmen (Kompensationsmaßnahmen) die verbleibenden Beeinträchtigungen so kompensiert werden können, dass sich der Erhaltungszustand nicht verschlechtert. Artenschutzprogramme sind in diese Überlegungen mit einzubeziehen.

Die vorgeschlagenen Kompensationsmaßnahmen sind kurz zu beschreiben. Wie bei den Vermeidungsmaßnahmen sind auch hier Aussagen zur Effizienz der ausgewählten bzw. zum Ausschluss verworfener Kompensationsmaßnahmen notwendig. Außerdem sind auch Hinweise in Hinblick auf ein Monitoring zu geben. Insgesamt ist glaubhaft nachzuweisen, dass der Erhaltungszustand gesichert werden kann.

In der nachfolgenden Tabelle sind die verschiedenen Maßnahmen, die im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Prüfung vorkommen können, im Überblick dargestellt. Dabei sind zwei Betrachtungsebenen zu unterscheiden: Maßnahmen zur Vermeidung von Verbotstatbeständen am Eingriffsort (Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen, vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen = CEF-Maßnahmen) und kompensatorische Maßnahmen zur Erlangung der Ausnahme. Das gesamte vorgeschlagene Maßnahmenpaket ist mit den unteren Naturschutzbehörden abzustimmen.

Tabelle 4 Maßnahmen im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Prüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG

Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen <i>(mitigation measures)</i>	= Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen bzw. zur Schadensbegrenzung: - Sie setzen am Vorhaben an, d. h. an der geplanten Maßnahme/Anlage. - Sie führen dazu, dass Vorhabenswirkungen entweder vollständig unterbleiben oder soweit abgemildert werden, dass keine erhebliche Einwirkung auf geschützte Arten erfolgt (z. B. Bauwerksdimensionierung, Bau-schutzmaßnahmen).	Maßnahmen zur Vermeidung von Verbotstatbeständen
CEF-Maßnahmen (<i>continuous ecological functionality-measures</i>) = " vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen "	= Maßnahmen zur Wahrung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (entsprechend § 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG): - Sie setzen unmittelbar an der betroffenen Population der geschützten Art an. - Sie dienen dazu, die Funktion der konkret betroffenen Lebensstätte für den lokal betroffenen Bestand in qualitativer Hinsicht zu erhalten. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen muss bereits vor Baubeginn gesichert sein.	
Kompensationsmaßnahmen <i>(compensation measures)</i>	= Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass sich der Erhaltungszustand der betroffenen Art auch auf überörtlicher Ebene insgesamt nicht verschlechtert falls Verbotstatbestände erfüllt werden	Maßnahmen zur Erlangung der Ausnahme

Werden die Bedingungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt, kann eine Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Verboten erteilt werden. Die Entscheidung hierüber fällt die planfeststellende Behörde.

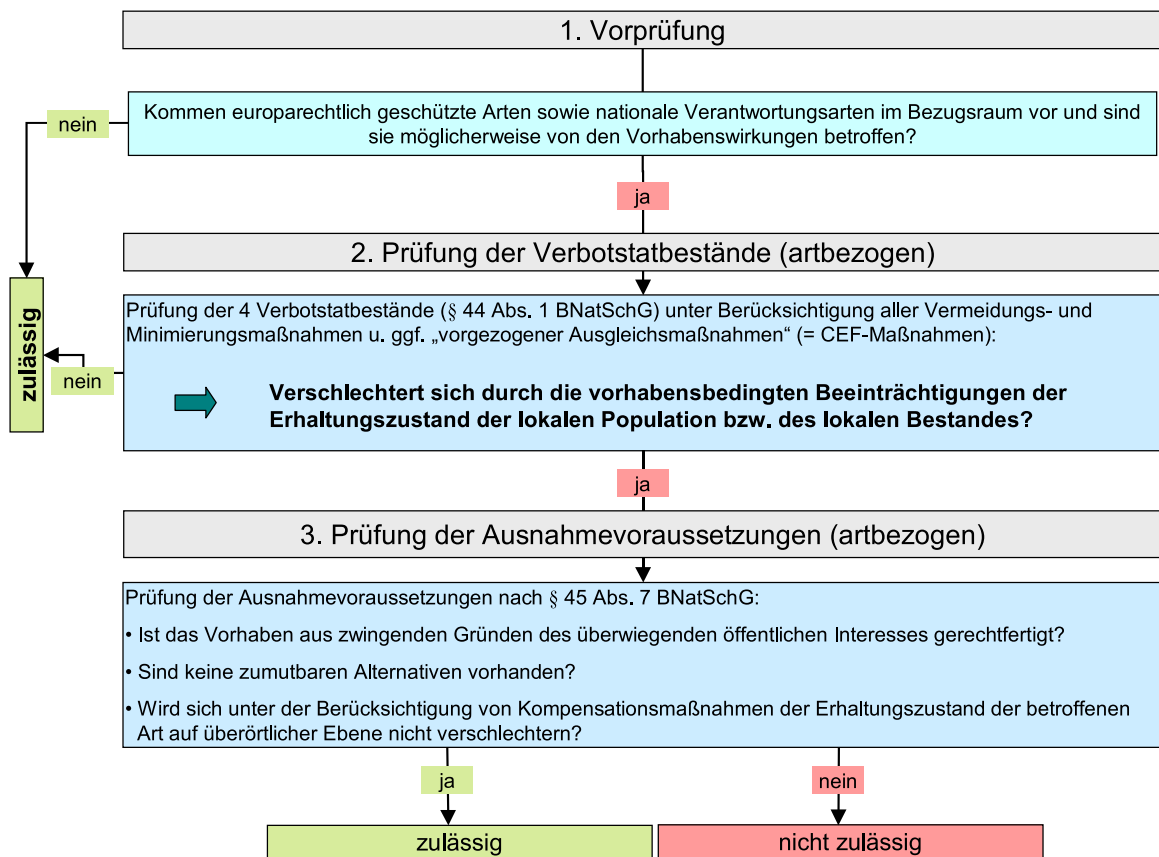


Abbildung 5 Ablaufschema: Vereinfachte artenschutzrechtliche Prüfung nach §§ 44 und 45 BNatSchG in der Ländlichen Entwicklung

5 Literatur und Quellen

- BayStMI – Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Inneren (Hrsg.) (2007): Berücksichtigung des speziellen Artenschutzes in der straßenrechtlichen Planfeststellung, Stand: 12/2007
- BayStMUGV – Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (2007): Umweltbericht Bayern 2007, München.
- Bezzel, E., Geiersberger, I., von Lossow, G., Pfeifer, R. (2005): Brutvögel in Bayern, Verbreitung 1996 bis 1999. Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, Ornithologische Gesellschaft, Landesbund für Vogelschutz (Hrsg.). Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart
- BayLfU – Bayerisches Landesamt für Umweltschutz (2003a): Rote Liste gefährdeter Gefäßpflanzen Bayerns mit regionalisierter Florenliste. Schriftenreihe Bayerisches Landesamt für Umweltschutz Heft 165, Augsburg
- BayLfU – Bayerisches Landesamt für Umweltschutz (2003b): Rote Liste gefährdeter Tiere Bayerns. Schriftenreihe Bayerisches Landesamt für Umweltschutz Heft 166, Augsburg
- BfN – Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.) (2009): Überarbeitete Bewertungsbögen der Bund-Länder-Arbeitskreise als Grundlage für ein bundesweites FFH-Monitoring. Erstellt im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungs-Vorhabens „Konzeptionelle Umsetzung der EU-Vorgaben zum FFH-Monitoring und Berichtspflichten in Deutschland“
- BfN – Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.) (2009): Rote Liste gefährdeter Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands. Schriftenreihe Naturschutz und Biologische Vielfalt Heft 70/Band 1, Bonn
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Reihe Umweltpolitik. (Download unter: http://www.bmu.de.naturschutz_biologische_vielfalt/downloadsdoc/40333.php)
- Engelhardt, D., Brenner, W., Fischer-Hüftle, P., Egnér, M. (2007): Naturschutzrecht in Bayern mit Kommentar zum Bayerischen Naturschutzgesetz, Randnr. 20 zu Art. 49 BayNatSchG
- Geißler-Strobel, S., Hermann, G., Jooß, R., Kaule, G., Trautner, J. (2003): Neue Wege zur Berücksichtigung tierökologischer Belange in Flurneuerungsverfahren – Entwicklung eines EDV-Tools zur Umsetzung des Zielartenkonzeptes Baden-Württemberg, Naturschutz und Landschaftsplanung 35 (9), S. 265– 271
- Ifuplan (2008): Artenschutzrechtliche Prüfung in Verfahren der Ländlichen Entwicklung. Unveröffentl. Gutachten im Auftrag des Bereichs Zentrale Aufgaben der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung, München
- Kiel, E.-F. (2005): Artenschutz in Fachplanungen – Anmerkungen zu planungsrelevanten Arten und fachlichen Prüfschritten, LÖBF- Mitteilungen Nr. 1/05. S. 12
- Kuhn, K., Burbach, K. (1998): Libellen in Bayern. Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, Bund Naturschutz (Hrsg.), Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart
- LANA – Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz der Landes-Umweltministerien (2001): „Mindestanforderungen für die Erfassung und Bewertung von Lebensräumen und Arten sowie die Überwachung“
- LANA – Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz der Landes-Umweltministerien (2006): Hinweise der LANA zur Anwendung des europäischen Artenschutzrechts bei der Zulassung von Vorhaben und bei Planungen, beschlossen auf der 93. LANA – Sitzung am 29.05.2006 und gemäß des Beschlusses der 67. UMK vom 26./27.10.2006 im Hinblick auf Entscheidungen des BVerwG ergänzt
- Lüttmann, J. (2007): Artenschutz und Straßenplanung. Naturschutz und Landschaftsplanung 39 (8): 236–241
- Meschede, A., Rudolph, B.-U. (2004): Fledermäuse in Bayern. Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, Landesbund für Vogelschutz, Bund Naturschutz (Hrsg.). Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart
- Petersen, B., Ellwanger, G., Biewald, G., Hauke, U., Ludwig, G., Pretscher, P., Schröder, E., Ssymank, A. (2003): Das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 – Ökologie und Verbreitung von Arten der FFH-Richtlinie in Deutschland. Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz Heft 69/Band 1, Bundesamt für Naturschutz

- Petersen, B., Ellwanger, G., Bless, R., Boye, P., Schröder, E., Ssymank, A. (2004): Das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 – Ökologie und Verbreitung von Arten der FFH-Richtlinie in Deutschland. Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz Heft 69/Band 2, Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.), Bonn-Bad Godesberg
- Petersen, S. (2006): Planungsinstrumente in der Flurordnung als Beitrag zum Artenschutz. Naturschutz-Info 2/2006 + 3/2006
- Schlumprecht, H., Waerber, G. (2003): Heuschrecken in Bayern. Bayerisches Landesamt für Umweltschutz, Deutsche Gesellschaft für Orthopterologie, Deutscher Verband für Landschaftspflege (Hrsg.). Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart
- Schnitter, P., Eichen, C., Ellwanger, G., Neukirchen, M. & E. Schröder (Bearb.)(2006): Empfehlungen für die Erfassung und Bewertung von Arten als Basis für das Monitoring nach Art. 11 und 17 der FFH-Richtlinie in Deutschland. Berichte des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (Halle), Sonderheft 2

Gesetze/Richtlinien

- Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV) – Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten vom 16. Feb. 2005, zuletzt geändert durch Art. 22 des Gesetzes vom 29. Juli 2009
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) – Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege in der Fassung vom 29.07.2009
- EU-Artenschutzverordnung vom 1. Juni 1997, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 407/2009 vom 14. Mai 2009
- FFH-Richtlinie – Richtlinie des Rates 92/43/EWG vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen
- Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976, zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008
- Umwelthaftungsrichtlinie – Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden
- UVPG – Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 2005, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11. August 2009
- Vogelschutz-Richtlinie – Richtlinie des Rates 2009/147/EG vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten

6 Prüfliste der planungsrelevanten Arten in der Ländlichen Entwicklung

Die vorliegende Prüfliste der planungsrelevanten Arten (insgesamt 260 Arten) enthält

- ◆ alle Arten des Anhangs IV FFH-RL in Bayern (gemäß BayStMI 2007);
- ◆ europäische Vogelarten nach Art. 1 VS-RL in Bayern (gemäß BayStMI 2007) ohne die häufigen und un gefährdeten Arten;
- ◆ alle Arten des Anhangs II FFH-RL in Bayern (zusätzlich zu den Arten des Anhangs IV FFH-RL nach Bayerischer Referenzliste des BayLfU, Stand: 15.08.2007).

Erläuterungen zur Prüfliste der planungsrelevanten Arten

In die Spalte „RL reg.“ ist der für das betrachtete Verfahrensgebiet relevante regionalisierte Rote-Liste-Status für Tiere und Pflanzen einzugeben (nach BayLfU 2003a, b).

AG	Artengruppe: A Amphibien F Fische Kä Käfer Kr Krebstiere L Libellen P Pflanzen (Gefäßpflanzen und Moose) R Reptilien Säu Säugetiere Sch Schmetterlinge (Tag- und Nachtfalter) V Vögel W Weichtiere (Muscheln, Schnecken)
RL reg.	regionalisierter Rote-Liste-Status für Tiere und Pflanzen in Bayern (nach BayLfU 2003a, b): 0 Ausgestorben oder verschollen 1 Vom Aussterben bedroht 2 Stark gefährdet 3 Gefährdet V Arten der Vorwarnliste G Gefährdung anzunehmen, aber Status unbekannt R Extrem seltene Arten oder Arten mit geografischen Restriktionen D Daten defizitär n.i.N. nicht im Naturraum vorkommend n.g. nicht gefährdet k.A. keine Angaben vorhanden II kein regelmäßiger Brutvogel
RL BY	Rote Liste-Status in Bayern (nach BayLfU 2003a, b): Kategorien siehe RL reg.
RL D	Rote Liste-Status in Deutschland (nach BayLfU 2003a,b, BfN 1996, BfN 2009): Kategorien siehe RL reg.

S	Nationaler Schutzstatus nach § 7 BNatSchG (nach WISIA – Artenschutzdatenbank des Bundesamts für Naturschutz): b besonders geschützte Art nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG s streng geschützte Art nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG - kein Schutzstatus nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG
FFH-RL	Europarechtlicher Schutzstatus nach FFH-Richtlinie (nach WISIA – Artenschutzdatenbank des Bundesamts für Naturschutz): II Tier- oder Pflanzenart nach Anhang II FFH-Richtlinie IV Tier- oder Pflanzenart nach Anhang IV FFH-Richtlinie
VS-RL	Europarechtlicher Schutzstatus in Bayern nach Vogelschutz-Richtlinie: Art. 1 Vogelart nach Art. 1 Vogelschutzrichtlinie (europäische Vogelart) Art. 4(2) Vogelart nach Art. 4 Abs. 2 Vogelschutzrichtlinie (nicht in Anhang I aufgeführte, regelmäßig auftretende Zugvogelarten) Anh. I Vogelart nach Anhang I Vogelschutzrichtlinie
Habitat/Standort	Angaben zu den Habitattypen bzw. zum Standort der Art nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (siehe BayStMI 2007) und nach Angaben von ifuplan (bei Vögeln)
Neststandort	Angaben zum Neststandort bei Vögeln (Angaben von ifuplan)
NW	Nachweis der Art im Verfahrensgebiet: ja, nein oder k.A. (keine Angaben)
Quellenangabe	Datengrundlage für den Nachweis: z. B. ASK = Artenschutzkartierung
Jahr	Nachweisjahr des Artvorkommens
Ortsangabe	Angabe des Fundortes des Artvorkommens
L	erforderlicher Lebensraum/Standort im Verfahrensgebiet vorhanden: ja, nein oder k.A. (keine Angaben)
V	Verfahrensgebiet liegt innerhalb des bekannten Verbreitungsgebietes der Art: ja, nein oder k.A. (keine Angaben)
PO	Vorkommen der Art im Verfahrensgebiet möglich (potenzielles Vorkommen): ja, nein oder k.A. (keine Angaben)
Potenzieller Biotoptyp	Potenzieller Biotoptyp für die Art im Verfahrensgebiet
B	Vorhabensspezifische Betroffenheit der Art: ja, nein
Bemerkung	

Anlage: Erläuterungen zu den Vollzugshinweisen

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	FFH-RL	Habitat /Standort	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biotoptyp	B	Bemerkung
Sand-Silberscharfe	Jurinea cyanoides	P		1	2	s	IV, II	Sand-Magerrasen										
Liegendes Büchsenkraut	Lindernia procumbens	P		2	2	s	IV	Stillgewässer, Uferbereich										
Torf-Glanzkräut	Liparis loeselii	P		2	2	s	IV, II	Niedermoor										
Schwimmendes Froschkraut	Luronium natans	P		0	2	s	IV, II	Stillgewässer, Uferbereich										
Mannie	Mannia triandra	P		3	3	-	II	Kalkgebiete										
Bodensee-Vergiss-meinicht	Myosotis rehsteineri	P		1	1	s	IV, II	Stillgewässer, Uferbereich										
Finger-Küchenschelle	Pulsatilla patens	P		1	1	s	IV, II	Kalk-Magerrasen, Kiefern-Trockenwald										
Kämtener Spatenmoos	Scapania carinthiaca	P		R	R	-	II	morsches Nadel- und Laubholz										
Sommer-Drehwurz	Spiranthes aestivalis	P		2	2	s	IV	Niedermoor										
Bayerisches Federgras	Stipa pulcherrima ssp. bavarica	P		1	1	s	IV, II	Kalk-Magerrasen										
Rudolphi's Trompetenmoos	Tayloria rudolphiana	P		2	2	-	II	morsches Holz, Borke										
Prächtiger	Trichomanes	P		R	n.g.	s	IV, II	Felsflur										

Tiere (ohne Vögel)[illegible]

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	FFH-RL	Habitat / Standort	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biotyp	B	Bemerkung
Steinbeißer	Cobitis taenia	F		1	n.g.	-	II	langsame Fließgewässer, sauerstoffreiche Stillgewässer										
Groppe, Koppe	Cottus gobio	F		V	n.g.	-	II	Fließgewässer, sommerkühle Stillgewässer										
Donau-Neunauge	Eudontomyzon vladjkovi	F		1	1	b	II	Fließgewässer										
Donau-Kaulbarsch	Gymnocephalus baloni	F		D	n.g.	s	IV, II	Fließgewässer										
Schraetzer	Gymnocephalus schraetzer	F		2	2	-	II	größere Fließgewässer										
Huchen	Hucho hucho	F		3	2	-	II	Fließgewässer										
Bachneunauge	Lampetra planeri	F		1	n.g.	b	II	kleinere Fließgewässer										
Strömer	Leuciscus souffia	F		1	3	-	II	schnelle, saubere Fließgewässer										
Schlammpeitzger	Misgurnus fossilis	F		2	2	-	II	Stillgewässer, Ufer größerer Flüsse										
Steingressling	Rheogobio uranoscopus	F		1	0	-	II	schnelle Fließgewässer										
Weißflossiger Gründling	Rheogobio vladjkovi	F		2	n.g.	-	II	Fließgewässer										
Bitterling	Rhodeus amarus	F		2	n.g.	-	II	langsam fließende oder stehende Gewässer										
Perlfisch	Rutilus meidingeri	F		1	1	-	II	Stillgewässer										
Frauennerfling	Rutilus pigus	F		3	3	-	II	Fließgewässer										
Sichling	Telestes cultratus	F		1	1	b	II	Stillgewässer										
Sreber	Zingel streber	F		2	2	-	II	Fließgewässer										
Zingel	Zingel zingel	F		2	2	-	II	Fließgewässer										

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	FFH-RL	Habitat / Standort	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biotoptyp	B	Bemerkung
Hochmoor-Laufkäfer	<i>Carabus menetriesi pacholei</i>	Kä		1	1	s	II	Feuchtgebiete										
Großer Eichenbock	<i>Cerambyx cerdo</i>	Kä		1	1	s	IV, II	Wälder										
Scharlachkäfer	<i>Cucujus cinnaberinus</i>	Kä		R	1	s	IV, II	Laubwälder										
Breitrand	<i>Dytiscus latissimus</i>	Kä		1	1	s	IV, II	stehende Gewässer										
Veilchenblauer Wurzelhals-schnellkäfer	<i>Limonicus violaceus</i>	Kä		1	1	-	II	Wälder										
Hirschkäfer	<i>Lucanus cervus</i>	Kä		2	2	b	II	Wälder										
Erenit	<i>Osmoderma eremita</i>	Kä		2	2	s	IV, II	Wälder										
Alpenbock	<i>Rosalia alpina</i>	Kä		2	2	s	IV, II	Wälder										
Gestreifter Bergwald-Bohrkäfer	<i>Stephanopachys substriatus</i>	Kä		1	1	-	II	Wälder										
Steinkrebs	<i>Austropotamobius torrentium</i>	Kr		2	2	b	II	Fließgewässer, Gebirgsseen										
Helm-Azurjungfer	<i>Coenagrion mercuriale</i>	L		1	1	s	II	Bäche, kleine Flüsse										
Vogel-Azurjungfer	<i>Coenagrion ornatum</i>	L		1	1	s	II	Bäche, kleine Flüsse										
Asiatische Keiljungfer	<i>Gomphus flavipes</i>	L		G	G	s	IV	Bäche, kleine Flüsse										
Östliche Moosjungfer	<i>Leucorrhinia albifrons</i>	L		1	1	s	IV	Teiche										
Zierliche Moosjungfer	<i>Leucorrhinia caudalis</i>	L		1	1	s	IV	Teiche										
Große Moosjungfer	<i>Leucorrhinia pectoralis</i>	L		1	2	s	IV, II	Hochmoore, Zwischenmoore										

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	FFH-RL	Habitat / Standort	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biotoptyp	B	Bemerkung
Grüne Keiljungfer	Ophiogomphus cecilia	L		2	2	s	IV, II	Bäche, kleine Flüsse										
Sibirische Winterlibelle	Sympecma paedisca	L		2	2	s	IV	Teiche										
Schlingnatter	Coronella austriaca	R		2	3	s	IV	Trockenstandorte, Felsen										
Äskulapnatter	Elaphe longissima	R		1	2	s	IV	Trockenstandorte, Felsen										
Europäische Smolpilschildkröte	Emys orbicularis	R		1	1	s	IV, II	Gewässer, Gewässernähe										
Zauneidechse	Lacerta agilis	R		V	V	s	IV	Trockenstandorte, Felsen; Hecken, Gebüsche; Wälder										
Östliche Smaragdeidechse	Lacerta viridis	R		1	1	s	IV	Trockenstandorte, Felsen										
Mauer- eidechse	Podarcis muralis	R		1	V	s	IV	Trockenstandorte, Felsen										
Mopsfledermaus	Barbastella barbastellus	Säu		2	2	s	IV, II	Wälder, Kulturlandschaft										
Biber	Castor fiber	Säu		n.g.	V	s	IV, II	Gewässer										
Europäischer Feldhamster	Cricetus cricetus	Säu		2	1	s	IV	Kulturlandschaft										
Baum- schläfer	Dryomys nitedula	Säu		R	R	s	IV	Laubwald										
Nordfledermaus	Eptesicus nilssonii	Säu		3	G	s	IV	Kulturlandschaft, Siedlungsbereich, Wälder										
Breitflügel- fledermaus	Eptesicus serotinus	Säu		3	G	s	IV	Kulturlandschaft, Siedlungsbereich, Wälder										
Wildkatze	Felis silvestris	Säu		1	3	s	IV	Wälder										
Fischotter	Lutra lutra	Säu		1	3	s	IV, II	Gewässer										
Luchs	Lynx lynx	Säu		1	2	s	IV, II	Wälder										
Haselmaus	Muscardinus avellanarius	Säu		n.g.	G	s	IV	Laubwälder										

[illegible]

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	FFH-RL	Habitat / Standort	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biototyp	B	Bemerkung
Birkenmaus	Sicista betulina	Säu		G	1	s	IV	Wälder, Waldrand										
Zweifarb- fledermaus	Vesperilio discolor	Säu		2	D	s	IV	Wälder, Kulturland- schaft										
Wald- Wiesenvö- gelchen	Coeno- nympha hero	Sch		2	1	s	IV	Waldrand, Wälder										
Hecken- Wollfläfer	Eriogaster catax	Sch		1	1	s	IV, II	offene Gelände- strukturen, Wälder										
Teufels- abbiß- Schecken- falter	Euphydryas aurinia	Sch		2	2	b	II	Feuchtgebiete, Trockenrasen										
Kleiner Maivogel	Euphydryas maturna	Sch		1	1	s	IV, II	Waldrand										
Spanische Flagge	Euplagia quadri- punctaria	Sch		V	V	-	II	felsiges, kalkiges Gelände, Trocken- rasen										
Thymian- Ameisen- bläuling	Glaucopsyche arion	Sch		3	2	s	IV	Trockengebiete										
Schwarz- blauer Wiesen- knopf- Ameisen- bläuling	Glaucopsyche nausithous	Sch		3	3	s	IV, II	Wälder, Feuchtwie- sen										
Heller Wiesen- knopf- Ameisen- bläuling	Glaucopsyche teleius	Sch		2	2	s	IV, II	Wälder, Feuchtwie- se										
Haarstrang- wurzeleule	Gortyna borelii lunata	Sch		1	1	s	IV, II	Feuchthabitat										
Gelbring- falter	Lopinga achine	Sch		2	1	s	IV	Waldrand										
Großer Feuerfalter	Lycena dispar	Sch		k.A.	2	s	IV, II	Feuchthabitat										
Blauschil- lernder Feuerfalter	Lycena helle	Sch		1	1	s	IV, II	Feuchtwiesen, Quellflur										

Deutscher Name	Wissenschaft. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	FFH-RL	Habitat /Standort	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biotoptyp	B	Bemerkung
Apollofalter	Parnassius apollo	Sch		2	1	s	IV	Trockengebiete										
Schwarzer Apollo	Parnassius mnemosyne	Sch		2	1	s	IV	Waldrand, Wälder										
Nachtkerzenschwärmer	Proserpinus proserpinus	Sch		V	V	s	IV	Trockengebiete, Wälder										
Zierliche Teller-schnecke	Anisus vorticulus	W		1	1	s	IV, II	Sümpfe, pflanzen-reiche Gewässer										
Flussperl-muschel	Margaritifera margaritifera	W		1	1	s	II	Fließgewässer										
Gebänderte Kahn-schnecke	Theodoxus transversalis	W		1	1	s	IV, II	Fließgewässer										
Kleine Fluss-muschel	Unio crassus	W		1	1	s	IV, II	Fließgewässer										
Schmale Windel-schnecke	Verigo angustior	W		3	3	-	II	feuchte Wiesen										
Vierzählige Windel-schnecke	Verigo geyeri	W		1	1	-	II	kalkreiche Moore und Sümpfe										
Bauchige Windel-schnecke	Verigo moulinsiana	W		1	2	-	II	Gewässernähe										

Vögel

Ermittlung der planungsrelevanten Arten im Verfahrensgebiet (Artenpotenzialkarte)																			Artenbetroffenheitsanalyse für das Verfahrensgebiet		
nachgewiesene Art																			potenzielle Art		
Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	VS-RL	Habitat /Standort	Neststandort (Vögel)	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biotyp	B	Bemerkung		
Alpenbraunelle	Prunella collaris	V		R	R	b	Art. 1, 4 (2)	Hochgebirge	Felsen, Siedlungsflächen												
Alpendohle	Pyrrhoxorax graculus	V		n.g.	R	b	Art.1	Hochgebirge	Felsen												
Alpenschneehuhn	Lagopus mutus	V		2	R	b	Art.1, Anh. I	Hochgebirge	Wiesen												
Auerhuhn	Tetrao urogallus	V		1	1	s	Art.1, Anh. I	Hochmontaner Nadelwald	Wald, Hochmoore												
Bartmeise	Panurus biarmicus	V		n.g.	n.g.	b	Art.1	Schiff	Stillgewässer												
Baumfalk	Falco subbuteo	V		V	3	s	Art. 1, 4 (2)	Wälder, Feuchtgebiete allgemein, offene Kulturlandschaft	Wald, Gehölze												
Baumpieper	Anthus trivialis	V		3	V	b	Art. 1, 4 (2)	Moore, Waldfränder, Lichtungen, strukturreiche Landschaft	Wald, Gehölze, Wiesen												
Bekassine	Gallinago gallinago	V		1	1	s	Art. 1, 4 (2)	Feuchtgebiete, Feucht-, Nasswiesen	Wiesen, Stillgewässer												
Berglaub-sänger	Phylloscopus bonelli	V		n.g.	n.g.	s	Art. 1, 4 (2)	Kiefernwälder, Mischwälder in montaner Lage	Gehölze												
Bergpieper	Anthus spinoletta	V		V	n.g.	b	Art.1	Magerrasen in der (sub)alpinen Zone	Gras- u. Staudenfluren, Wiesen												
Beutelmeise	Remiz pendulinus	V		3	n.g.	b	Art. 1, 4 (2)	Weichholzaue	Fließgewässer, Stillgewässer, Gehölze												

Anlage: Erläuterungen zu den Vollzugshinweisen

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	VS-RL	Habitat /Standort	Neststandort (Vogel)	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biototyp	B	Bemerkung
Eiderente	Somateria mollissima	V		R	n.g.	b	Art.1	Küste mit Fels	Fließgewässer, Gras- u. Staudenfluren										
Eisvogel	Alcedo atthis	V		V	n.g.	s	Art.1, Anh. I	Gewässer allgemein, Fließgewässer	Fließgewässer										
Feldlerche	Alauda arvensis	V		3	3	b	Art.1	Kulturlandschaft	Gras- u. Staudenfluren										
Feldsperling	Passer montanus	V		V	V	b	Art.1	Wälder, Auswälder, Parkanlagen, Kulturlandschaft	Baumhöhlen, Gehölze, Siedlungsflächen										
Felsenschwalbe	Hirundo rupestris	V		2	R	s	Art.1, 4 (2)	Hochgebirge, Felswände sonnig	Felsen, Siedlungsflächen										
Fischadler	Pandion haliaetus	V		2	3	s	Art.1, Anh. I	Fischreiche Gewässer	Gehölze										
Flussregenpfeifer	Charadrius dubius	V		3	n.g.	s	Art.1, 4 (2)	Kiesbänke, Abbaugelände, vegetationsarme Lebensräume, Fließgewässer	Fließgewässer										
Flussseeschwalbe	Sterna hirundo	V		1	2	s	Art.1, Anh. I	Gewässer allgemein, Fließgewässer	Stillgewässer										
Flussuferläufer	Actitis hypoleucos	V		1	2	s	Art.1, 4 (2)	Schotterbänke an Fließgewässern	Fließgewässer										
Gänsestäger	Mergus merganser	V		2	2	b	Art.1, 4 (2)	Fließgewässer; Gewässer allgemein	Baumhöhlen, Felsen, Siedlungsflächen										
Gartenrotschwanz	Phoenicurus phoenicurus	V		3	n.g.	b	Art.1, 4 (2)	Wälder; Streuobstwiesen, Parks, Gärten	Wald, Siedlungsflächen										
Goldammer	Emberiza citrinella	V		V	n.g.	b	Art.1	Hecken, Gebüsche	Gras- u. Staudenfluren										
Grauhammer	Miliaria calandra	V		1	3	s	Art.1, 4 (2)	Offene Kulturlandschaft	Wiesen										

Deutscher Name	Wissenschaft. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	V5-RL	Habitat /Standort	Neststandort (Vögel)	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biototyp	B	Bemerkung
Graureiher	<i>Ardea cinerea</i>	V		V	n.g.	b	Art. 1, 4 (2)	Auenlandschaft	Wald, Gehölze										
Grauspecht	<i>Picus canus</i>	V		3	2	s	Art. 1, Anh. I	Laubwälder, Mischwälder	Baumhöhlen										
Großer Brachvogel	<i>Numenius arquata</i>	V		1	1	s	Art. 1, 4 (2)	Feucht-, Nasswiesen; Kulturlandschaft, mageres, extensives Grünland	Wiesen										
Grünschenkel	<i>Tringa nebularia</i>	V		k.A.	k.A.	b	Art. 1	Moor	Stillgewässer, Gras- u. Staudenfluren										
Grünspecht	<i>Picus viridis</i>	V		V	n.g.	s	Art. 1	Laubwälder, Mischwälder, offene Kulturlandschaft, Gärten, Parks	Baumhöhlen										
Habicht	<i>Accipiter gentilis</i>	V		3	n.g.	s	Art. 1	Wälder, strukturreiche Lebensräume	Wald										
Habichtskauz	<i>Strix uralensis</i>	V		2	R	s	Art. 1, Anh. I	Mischwälder, Fichtenwälder	Baumhöhlen										
Halsbandschnäpper	<i>Ficedula albicollis</i>	V		V	3	s	Art. 1, Anh. I	Laubwälder (Auen), Streuobstwiesen	Baumhöhlen										
Haselhuhn	<i>Bonasa bonasia</i>	V		V	2	b	Art. 1, Anh. I	Wälder	Wald										
Haubenlerche	<i>Galerida cristata</i>	V		1	1	s	Art. 1	Siedlungsbereich, vegetationsarme Lebensräume, Ruderalflächen	Gras- u. Staudenfluren										
Heidelerche	<i>Lullula arborea</i>	V		1	V	s	Art. 1, Anh. I	Kiefernwälder, trockene Gebiete; Magerrasen	Gras- u. Staudenfluren										
Hohltaube	<i>Columba oenas</i>	V		V	n.g.	b	Art. 1, 4 (2)	Wälder	Baumhöhlen										

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	VS-RL	Habitat /Standort	Neststandort (Vögel)	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biotoptyp	B	Bemerkung
Karmin- gimpel	Carpodacus erythrinus	V		2	n.g.	s	Art. 1, 4 (2)	Feuchgebiete allgemein, struktureiche Lebensräume, Moore	Wiesen, Gehölze										
Kiebitz	Vanellus vanellus	V		2	2	s	Art. 1, 4 (2)	Offene Kulturland- schaft, Feuchgebiete allgemein	Wiesen, Acker										
Klapper- grasmücke	Sylvia curruca	V		V	n.g.	b	Art.1	Hecken, Gebü- sche, Gärten, Parks	Gehölze										
Kleines Sumpfhuhn	Porzana parva	V		1	1	s	Art.1, Anh. I	Verlandungsberei- che, Schilf	Stillgewäs- ser, Gras- u. Stauden- fluren										
Kleinspecht	Dendrocopos minor	V		V	V	b	Art. 1, 4 (2)	Laubwälder, Feldgehölze, Parks	Baumhöhlen										
Kröte	Anas quer- quedula	V		1	2	s	Art. 1, 4 (2)	Gewässer allge- mein, Feuchgebiete allgemein	Stillgewäs- ser, Wiesen										
Kolbenente	Netta rufina	V		3	n.g.	b	Art. 1, 4 (2)	Gewässer allge- mein	Stillgewässer										
Kormoran	Phalacro- corax carbo	V		V	n.g.	b	Art.1	Gewässer allge- mein	Stillgewäs- ser, Gehölze										
Kornweihe	Circus cyaneus	V		1	2	s	Art.1, Anh. I	Offene Kulturland- schaft, Feuchgebiete allgemein	Gras- u. Stauden- fluren, Gehölze										
Krickente	Anas crecca	V		2	3	b	Art. 1, 4 (2)	Gewässer allge- mein	Stillgewäs- ser, Fließgewäs- ser, Wiesen										
Kuckuck	Cuculus canorus	V		V	V	b	Art.1	struktureicher Lebensraum	Sonstige										
Löffelente	Anas clypeata	V		3	3	b	Art. 1, 4 (2)	Gewässer allge- mein	Stillgewässer										
Mauerläufer	Tichodroma muraria	V		R	R	b	Art. 1, 4 (2)	Felswände sonnig im alpinen Bereich	Felsen, Siedlungs- flächen										

Deutscher Name	Wissenschaft. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	V5-RL	Habitat /Standort	Neststandort (Vögel)	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biotyp	B	Bemerkung
Mauersegler	Apus apus	V		V	n.g.	b	Art. 1	Siedlungsbereich	Siedlungsflächen										
Mehlschwalbe	Delichon urbica	V		V	V	b	Art. 1, 4 (2)	Siedlungsbereich	Felsen, Siedlungsflächen										
Mittelmeermöwe	Larus michahellis	V		2	n.g.	b	Art. 1	Gewässer	Fließgewässer, Stillgewässer										
Mittelspecht	Dendrocopos medius	V		V	n.g.	s	Art. 1, Anh. I	Laubwälder (v.a. mit Eiche)	Baumhöhlen										
Nachtreiher	Nycticorax nycticorax	V		1	1	s	Art. 1, Anh. I	Gewässer allgemein	Stillgewässer, Gehölze										
Neuntöter	Lanius collurio			n.g.	n.g.	b	Art. 1, Anh. I	Hecken, Gebüsche	Gehölze										
Ortolan	Emberiza hortulana	V		2	3	s	Art. 1, Anh. I	Ackergebiete mit Hackfrucht, Baumgruppen, -reihen; Streuobstwiesen	Acker, Gehölze										
Pirrol	Oriolus oriolus	V		V	V	b	Art. 1, 4 (2)	Laubwälder	Wald, Gehölze										
Purpurreiher	Ardea purpurea	V		1	R	s	Art. 1, Anh. I	Gewässer allgemein, Verlandungsbereiche, Schilf	Stillgewässer										
Raubwürger	Lanius excubitor	V		1	2	s	Art. 1, 4 (2)	Moore, struktureiche Lebensräume	Gehölze										
Rauchschwalbe	Hirundo rustica	V		V	V	b	Art. 1	Siedlungsbereich	Siedlungsflächen										
Raufußkauz	Aegolius funereus	V		V	n.g.	s	Art. 1, Anh. I	Nadelwälder	Baumhöhlen										
Rebhuhn	Perdix perdix	V		3	2	b	Art. 1	Kulturlandschaft	Gras- u. Staudenfluren, Gehölze										
Ringdrossel	Turdus torquatus	V		V	n.g.	b	Art. 1, 4 (2)	Alpine Matten und Grünländer an der Baumgrenze	Wald										

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	VS-RL	Habitat /Standort	Neststandort (Vogel)	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biotoptyp	B	Bemerkung
Rohrdommel	<i>Botaurus stellaris</i>	V		1	2	s	Art. 1, Anh. I	Verlandungsbereiche, Feuchtgebiete allgemein; Schilf	Stillgewässer, Fließgewässer										
Rohrschwirl	<i>Locustella luscinioides</i>	V		3	n.g.	s	Art. 1, 4 (2)	Verlandungsbereiche; Schilf	Stillgewässer, Fließgewässer										
Rohrweihe	<i>Circus aeruginosus</i>	V		3	n.g.	s	Art. 1, Anh. I	Offene Kulturlandschaft, Schilfröhricht; Schilf	Stillgewässer										
Rotmilan	<i>Milvus milvus</i>	V		2	n.g.	s	Art. 1, Anh. I	Wälder, Offene Kulturlandschaft	Wald, Gehölze										
Rotchenkel	<i>Tringa totanus</i>	V		1	V	s	Art. 1, 4 (2)	Verlandungsbereiche, Feucht-, Nasswiesen	Wiesen										
Saatkrähe	<i>Corvus frugilegus</i>	V		V	n.g.	b	Art. 1	strukturreiche Acker-Grünland-Komplexe, Siedlungsbereiche	Gehölze										
Schafstelze	<i>Motacilla flava</i>	V		3	n.g.	b	Art. 1, 4 (2)	Kulturlandschaft	Gras- u. Staudenfluren										
Schellente	<i>Bucephala clangula</i>	V		2	n.g.	b	Art. 1, 4 (2)	Gewässer allgemein	Baumhöhlen, Stillgewässer, Fließgewässer										
Schilfrohrsänger	<i>Acrocephalus schoenobaenus</i>	V		1	V	s	Art. 1, 4 (2)	Verlandungsbereiche, Feuchtgebiete allgemein; Schilf	Stillgewässer, Wiesen										
Schlagschwirl	<i>Locustella fluviatilis</i>	V		3	n.g.	b	Art. 1, 4 (2)	Aue	Gras- u. Staudenfluren, Gehölze										
Schleiereule	<i>Tyto alba</i>	V		2	n.g.	s	Art. 1	Siedlungsbereich, Offene Kulturlandschaften	Siedlungsflächen										
Schnatterente	<i>Anas strepera</i>	V		3	n.g.	b	Art. 1, 4 (2)	Gewässer allgemein	Stillgewässer										

Deutscher Name	Wissenschaft. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	VS-RL	Habitat /Standort	Neststandort (Vögel)	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biotyp	B	Bemerkung
Schneespersion	Montifringilla nivalis	V		R	R	b	Art.1	Hochgebirge	Felsen, Siedlungsflächen										
Schwarzhalsstaucher	Podiceps nigricollis	V		1	n.g.	s	Art. 1, 4 (2)	Stillgewässer; Gewässer allgemein	Stillgewässer										
Schwarzkehlchen	Saxicola torquata	V		3	V	b	Art. 1, 4 (2)	Ruderallflächen, trockene Gebiete	Gras- u. Staudenfluren										
Schwarzkopfmöwe	Larus melanocephalus	V		2	n.g.	b	Art.1, Anh. I	Gewässer	Stillgewässer										
Schwarzmilan	Milvus migrans	V		3	n.g.	s	Art.1, Anh. I	Wälder, offene Kulturlandschaft, Gewässer allgemein	Gehölze										
Schwarzspecht	Dryocopus martius	V		V	n.g.	s	Art.1, Anh. I	Wälder	Baumhöhlen										
Schwarzstorch	Ciconia nigra	V		3	n.g.	s	Art.1, Anh. I	Auwälder	Wald, Gehölze										
Seeadler	Haliaeetus albicilla	V		k.A.	n.g.	s	Art.1, Anh. I	Gewässernähe, Wälder	Wald										
Seidenreiher	Egretta garzetta	V		k.A.	k.A.	s	Art.1, Anh. I	Aue	Stillgewässer, Gehölze										
Sperbergrasmücke	Sylvia nisoria	V		1	n.g.	s	Art.1, Anh. I	Gebüsche, Hecken, Waldrand	Gehölze										
Sperlingskauz	Glaucidium passerinum	V		V	n.g.	s	Art.1, Anh. I	Nadelwälder	Baumhöhlen										
Steinadler	Aquila chrysaetos	V		2	2	s	Art.1, Anh. I	Hochgebirge	Felsen, Gehölze										
Steinkauz	Athene noctua	V		1	2	s	Art.1	Offene Kulturlandschaft, strukturreiche Lebensräume; Streuobstwiesen	Baumhöhlen										
Steinrötel	Monticola saxatilis	V		k.A.	1	s	Art.1	Hochgebirge	Sonstige										

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	VS-RL	Habitat /Standort	Neststandort (Vögel)	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biototyp	B	Bemerkung
Steinschnäpfer	Oenanthe oenanthe	V		1	1	b	Art.1	Magerasen, Lesewälle, Truppenübungsplätze, Schuttplätze	Wiesen, Felsen										
Siezenläufer	Himantopus himantopus	V		k.A.	k.A.	s	Art.1	Verlandungsbereiche	Stillgewässer										
Sturmmöwe	Larus canus	V		2	n.g.	b	Art.1	Gewässer	Stillgewässer										
Teichhuhn	Gallinula chloropus	V		V	V	s	Art.1	Gewässer allgemein, Verlandungsbereiche; Aue	Stillgewässer										
Trauerschnäpper	Ficedula hypoleuca	V		n.g.	n.g.	b	Art.1, 4(2)	Wälder, Parks, Gärten	Baumhöhlen										
Tüpfelsumpfhuhn	Porzana porzana	V		1	1	s	Art.1, Anh. I	Verlandungsbereiche, Nasswiesen, Feuchtgebiete allgemein	Fließgewässer, Wiesen										
Turteltaube	Streptopelia turtur	V		V	3	s	Art. 1, 4 (2)	Wälder, Parkanlagen, Offene Kulturlandschaft	Gehölze, Felsen										
Uferschnepfe	Limosa limosa	V		1	1	s	Art. 1, 4 (2)	Feucht-, Nasswiesen	Wiesen										
Uferschwalbe	Riparia riparia	V		V	n.g.	s	Art. 1, 4 (2)	Abbaugruben, Fließgewässer	Fließgewässer										
Uhu	Bubo bubo	V		3	n.g.	s	Art.1, Anh. I	Felswände sonnig, Wälder, offene Kulturlandschaft	Felsen, Wald										
Wachstel	Coturnix coturnix	V		V	n.g.	b	Art. 1, 4 (2)	Kulturlandschaft	Gras- u. Staudenfluren										
Wachstelkönig	Grex crex	V		1	2	s	Art.1, Anh. I	Offene Kulturlandschaft, Feucht-, Nasswiesen; Moore	Wiesen, Gehölze										
Waldohreule	Asio otus	V		V	n.g.	s	Art.1	Wälder, Gebüsche, Hecken	Gehölze										
Waldschnepfe	Scolopax rusticola	V		V	V	b	Art. 1, 4 (2)	Wälder	Gehölze										
Waldwasserläufer	Tringa ochropus	V		2	n.g.	s	Art. 1, 4 (2)	Sumpfwälder, Moor	Wald, Gehölze										

Deutscher Name	Wissenschaft. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	VS-RL	Habitat / Standort	Neststandort (Vögel)	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biototyp	B	Bemerkung
Wanderfalke	Falco peregrinus	V		3	n.g.	s	Art. 1, Anh. I	Felswände sonnig, offene Kulturlandschaft, Siedlungsbereiche	Felsen, Gehölze, Siedlungsflächen										
Wasseramsel	Cinclus cinclus	V		n.g.	n.g.	b	Art. 1	Fließgewässer	Fließgewässer										
Wasserralle	Rallus aquaticus	V		2	V	b	Art. 1, 4 (2)	Verlandungsbereiche, Schilfröhricht	Fließgewässer, Stillgewässer										
Weißrückenspecht	Dendrocopos leucotus	V		2	2	s	Art. 1, Anh. I	(sub)montane Mischwälder mit viel Totholz (Buche/Tanne)	Baumhöhlen										
Weißstorch	Ciconia ciconia	V		3	3	s	Art. 1, Anh. I	Offene Kulturlandschaft, Feucht-, Nasswiesen	Siedlungsflächen, Gehölze										
Wendehals	Jynx torquilla	V		3	2	s	Art. 1, 4 (2)	Offene Kulturlandschaft, strukturreiche Lebensräume; Streuobstwiesen	Baumhöhlen										
Wespenbussard	Pernis apivorus	V		3	V	s	Art. 1, Anh. I	Wälder, strukturreiche Lebensräume	Wald										
Wiedehopf	Upupa epops	V		1	2	s	Art. 1	Offene Kulturlandschaft, strukturreiche Lebensräume; Streuobstwiesen	Baumhöhlen, Sonstige										
Wiesenpieper	Anthus pratensis	V		V	V	b	Art. 1, 4 (2)	Extensivgrünländer, Heiden, Moore	Gras- u. Staudenfluren										
Wiesenweihe	Circus pygargus	V		1	2	s	Art. 1, Anh. I	Offene Kulturlandschaft	Wiesen										
Ziegenmelker	Caprimulgus europaeus	V		1	3	s	Art. 1, Anh. I	Waldrand, trockene Gebiete, Moore	Gehölze, Gras- u. Staudenfluren										
Zippammer	Emberiza cia	V		1	1	s	Art. 1	Trockene Gebiete, Weinanbau	Wiesen, Gehölze										

Anlage: Erläuterungen zu den Vollzugshinweisen

Deutscher Name	Wissenschaftl. Name	AG	RL reg.	RL BY	RL D	§	VS-RL	Habitat /Standort	Neststandort (Vögel)	NW	Quellenangabe	Jahr	Ortsangabe	L	V	PO	Potenzieller Biototyp	B	Bemerkung
Zitronenzeisig	Carduelis citrinella	V		V	3	s	Art. 1	subalpiner Bereich, Übergang alpine Weiden zu Nadelwald	Gehölze										
Zwergdommel	Ixobrychus minutus	V		1	1	s	Art. 1, Anh. I	Verlandungsbereiche; Schilf	Stillgewässer										
Zwergschnäpper	Ficedula parva	V		2	n.g.	s	Art. 1, Anh. I	Alte Laub- und Mischwälder	Wald, Gehölze, Siedlungsflächen										